ZECK

Das Info aus der Flora

27.3.93 Darmstadt-Weiterstadt "Heut ist nicht alle Tage, wir kommen wieder, keine Frage."

Nummer 13, April 1993



Das Info aus der Flora

Nummer 13, April 1993

INHALT

FörderabosfürdieZECK!!

Liebe ZeckleserInnen und ZeckfreundInnen,
jetzt ist es auch bei uns soweit - wir wollen Euch ans Portemonnaie! Nicht, daß Ihr uns jetzt zwischen 3,-- DM und 5,-- DM pro Ausgabe löhnen sollt, nein, die Zeck kostet weiterhin nix. Wir schaffen es bloß nicht mehr, unsere Kosten mit Anzeigen und Gewinn aus unserem 1x wöchentlichen Vokü-Kochen abzudecken.
Also gibt es ab der Ausgabe 5/93 ein **Förderabo**, ab 20,--DM pro Quartal, zu entrichten (mit vollständider Adresse!!) auf das Sonderkonto: HASPA/Blz. 200 505 50/ Kto.Nr.: 1228 129431 des FLORA e.V,Stichwort: ZECK ...., sodann Lieferung frei Haus.

HÄNDE WEG VON DER ROTEN FLORA!!!!

Zur Situation der Roten Flora läßt sich derzeit nix Neues sagen.
Wir haben die letzten Wochen u.a. damit zugebracht, über den Alkoholverkauf in der Flora zu reden und zu streiten, so war nicht mehr viel Zeit zur Planung der großen FRÜHJAHRSOFFENSIVE zur Durchsetzung der Flora. Aber die kommt...!
Wir erwarten demnächst die Entscheidung des Senats zur Flora, die in jedem Fall gegen uns gerichtet sein wird.
Am Tag der Senatsentscheidung (ein Dienstag) ist um 18.00 Treffen in der Flora, um dann gemeinsam was gegen die Schweinerei des Senats zu machen. Der genaue Termin wird rechtzeitig bekannt gegeben.





ZUM SELBSTVERSTÄNDNIS

"ZECK - Info aus der Flora" statt "ZECK - das Flora-Info" - dieser neue Titel drückt aus, was wir eh schon seit fast einem Jahr machen: Wir bringen ein autonomes Stadtteilinfoblatt mit Schwerpunkt Flora raus.
Geplant war es etwas anders, als am 1.3.92 die Zeitung zum ersten mal erschien: Sie sollte in erster Linie Sprachrohr der Roten Flora und der im Flora-Zusammenhang organisierten Gruppen sein und sollte in der Flora geführte Diskussionen (floraspezifische und allgemeinpolitische) darstellen. Damit sollte wieder mehr Einblick in das Geschehen in der Flora gewährt werden und möglicherweise politisch/inhaltliche Auseinandersetzungen mittels Texten angestoßen werden. Der Schwerpunkt sollte bei kürzeren Infoartikeln liegen.
Aus vielerlei Gründen kamen aber von Gruppen, dem Floraplenum, EinzeltäterInnen zu wenig rüber, um damit unsere Zeitung zu füllen. Das lag unter anderem daran, daß wenig in der Flora geführte Diskussionen bei uns ankamen, die für die Öffentlichkeit vermittelbar waren bzw. die zu vermitteln sich lohnte. Themen wie die leidige Vertrags/Perspektivdiskussion und der alltägliche Orgakram verhinderten, daß grundsätzlichere Diskussionen z.B über Sexismus, Rassismus oder Umstrukturierung breit in der Flora geführt wurden. Statt dessen waren und sind wir (das heißt, das Plenum und ein Teil der dort vertretenen Gruppen) oft mit uns selbst befaßt, streiten uns und blockieren uns häufig gegenseitig.

Die Artikel in der Zeck spiegeln somit seltener die politische Arbeit in der Flora wider, sondern sind eher Ausdruck der Arbeit anderer Gruppen und schwerpunktmäßig der Interessen der Redaktion.

JETZT MIT NOCH MEHR SELBSTVERSTÄNDNIS. ZECKGRUPPE PLUS !!!

Wir sind eine Flora-Gruppe. Alle von uns sind neben der Mitarbeit an der Zeitung Teil der Flora-Struktur (Plenum, Tresen, andere Gruppen).
Die Zeck ist ein linksradikales (Stadtteil-) Info mit eindeutigem Flora-Bezug, eindeutigem Flora-Schwerpunkt. Aber sie ist nicht DAS Flora-Info welches in erster Linie und als primäre Bestimmung als Sprachrohr der Flora fungiert.
Die Praxis in der Flora ist einfach nicht so, als daß so eine Zeitung notwendig ist bzw. bestehen kann..



DER ZECK

Grundlage unserer Arbeit ist ein gegen patriarchale, rassistische und kapitalistische/imperialistische Herrschaftsstrukturen gerichtetes politisches Selbstverständnis, wobei wir in keiner Weise behaupten, frei von der Reproduktion dieser Strukturen zu sein. Unser Ziel ist, auf Grundlage dieses politischen Selbstverständnisses im Rahmen einer Zeitung Diskussionen wiederzugeben, über die Schweinereien der "Herrschenden" und Aktivitäten dagegen zu informieren, kurzum: Gegenöffentlichkeit zu schaffen zu Themen und Meinungen, die von den bürgerlichen Medien totgeschwiegen werden.
In erster Linie beziehen wir uns dabei auf Dinge, die im Stadtteil bzw. in Hamburg passieren, befassen uns aber auch mit Themen, die darüber hinaus interessant sind. Wir bieten Gruppen/Projekten die Möglichkeit, ihre Inhalte und ihre Arbeit in der Zeck darzustellen.
Schwerpunkt unserer thematischen Auswahl sollen nach wie vor Themen sein, die mit Flora zusammenhängen bzw. Dinge, die in der Flora diskutiert werden. Diese werden vorrangig behandelt. Weiterhin können Flora-Gruppen die ZECK nutzen, um ihre Arbeit und ihre Inhalte an die Öffentlichkeit zu bringen, verstehen wir uns als Forum für die Rote Flora und Gruppen aus diesem Zusammenhang.
Oberstes Anliegen der ZECK ist es z.B., AgitProp für die Durchsetzung der Roten Flora zu machen.

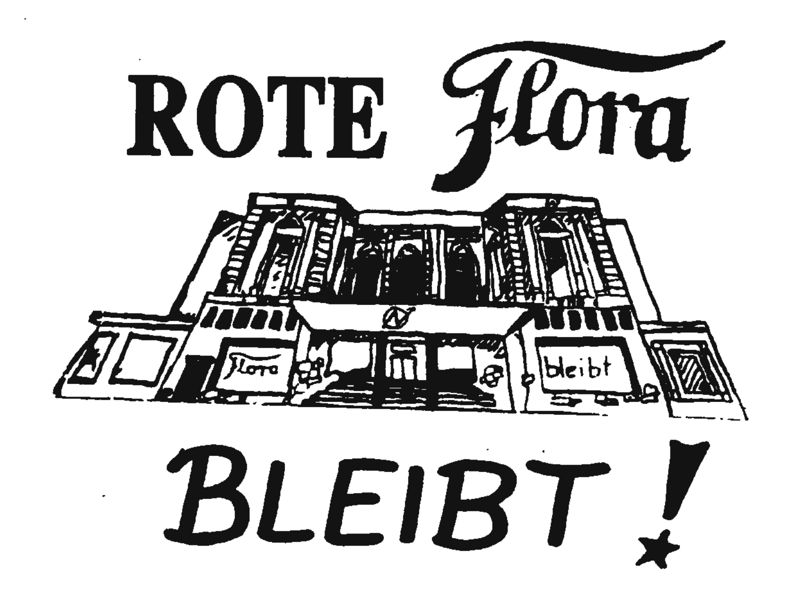
INFOBLATT MIT DISKUSSIONEN ODER NUR INFO-BLATT ?

Schwerpunkt der Zeck werden weiterhin Info-Artikel sein, wir verstehen diese Zeitung weiterhin in erster Linie eher als Info-Zeitung denn als Diskussionsforum. Wir sind jedoch grundsätzlich dazu bereit, Flora-Diskussionen (also: Diskussionen, die in der Flora geführt werden und Diskussionen über die Flora) darzustellen. Wir beschränken uns bewußt auf Diskussionen, die mit der Flora zusammenhängen, weil wir denken, daß für andere Debatten in Hamburg andere Zeitungen mit einem Konzept, das eher auf sowas zugeschnitten ist, existieren (OHM, Neues Schanzenleben z.B.).

Wenn wir jetzt bewußt sagen, wir wollen Flora-Diskussionen dokumentieren, heißt das nicht, daß wir unsere Arbeitsweise dahingehend verändern, daß wir erpicht darauf sind, jede in der Flora geführte Diskussion zu dokumentieren.
Wir veröffentlichen Diskussionen, wenn zum einen Leute oder Gruppen das so wollen und Bock darauf haben, daß eine bestimmte Diskussion geführt wird, wenn es also an uns rangetragen wird; zum anderen, wenn wir aus der Redaktion finden, diese oder jene Diskussion muß in die Zeitung rein.
Natürlich werden wir auch auf Diskussionen eingehen, die z.B. in der Szene gerade geführt werden und die nicht mit der Flora zusammenhängen. Hierbei (z.B. bei LeserInnenbriefen) behalten wir uns jedoch das Recht der redaktionellen Arbeit vor, was heißt, daß wir gucken, ob ein betreffender Beitrag in die jeweilige Ausgabe inhaltlich oder vom Platz her paßt

Solidarische Grüße den GenossInnen Schreiberlingen von der OHM und dem NEUEN SCHANZENLEBEN!!
Liebe OHMS, verlaßt uns nicht, wir brauchen Euch und wünschen uns, daß Ihr weiter macht!
Liebe Schanzenleben-Leute - aus der Flora ein Prosit dem Neuanfang des Neuen Schanzenlebens!
Viel Erfolg, Power und vor allem Spaß Euch beiden!!

Eure ZECKIES



Buchtips:

Malcom X, Hrsg. Alex Haley
Autobiographie
Agipa-Press 1993 39,80

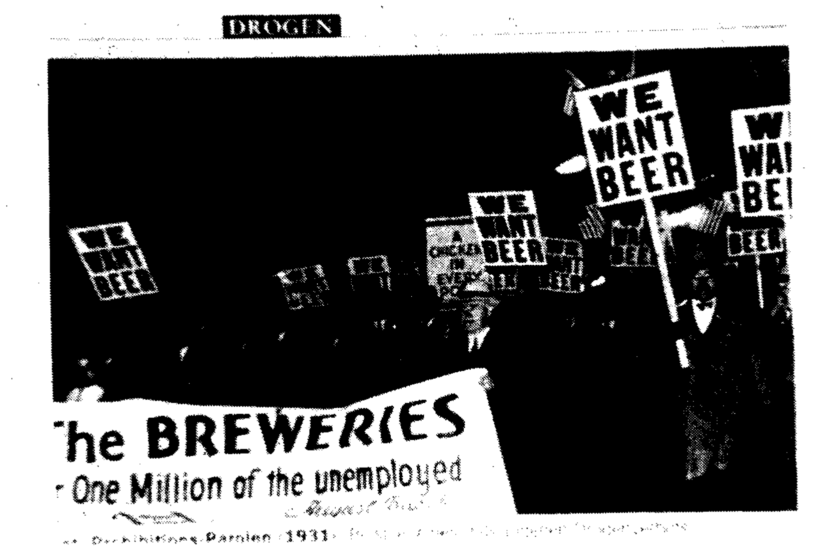
Entfernte Verbindungen
Hügel u.a.
Rassismus-Antisemitismus-Klassenunterdrückung
Orlando-Frauenverlag 1993
29,80

Die Unsichtbaren, Nonni Ballestrini
ehem. Weissmann Verlag 1988
jetzt nur noch 18,- gebunden

Das Info aus der Flora
ZECK
Nummer 13, April 1993

ALKOHOL IN DER FLORA ¿¡

Nach über 3 Jahren Versuch, die Rote Flora als alkfreies Zentrum zu betreiben, hat nun ein Großteil des Plenums diese Idee für nicht länger durchführbar erklärt. Seit einigen Wochen wurde deshalb heftigst auf dem Flora-Plenum diskutiert, ob nicht versuchsweise auf Konzerten Bier verkauft werden soll.

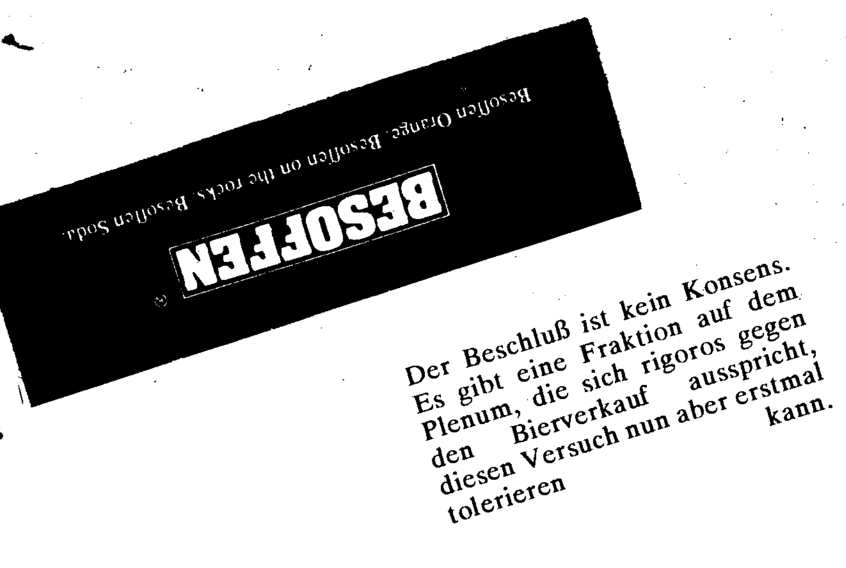


Der Hauptgrund für diesen Gedanken war der Blick auf die reale Situation bei Konzerten in der Flora. Die Rote Flora ist nicht alkfrei, war es in letzter Zeit nicht und wird es wohl auch nicht in Zukunft sein, auch wenn es einen Plenumsbeschluß "Kein Alk in der Flora" gibt. Es wird defacto ständig auf Konzerten gesoffen wie nix Gutes. Die Menschen, die Leute mit Alk am Eingang abweisen, werden zu oft aufs heftigste angepöbelt. Die Veranstaltungsgruppe muß nach jedem Konzert säckeweise leere Bierdosen aus der Flora schaffen....

Das "Debütkonzert" am 25.03. spricht für diese Hoffnung, denn es wurde nicht stumpf abgesoffen, sondern nach Blick über den Rest des eingekauften Biers, recht maßvoll getrunken.

Dennoch:
die von uns vor 3 Jahren genannten Gründe für das Alkverbot in der Flora haben für uns immer noch Bedeutung!!!
Wir finden es immer noch sinnvoll und wichtig, daß es alkfreie Zentren gibt, um die allgemeine Einstellung zum Konsum legaler Drogen in der Gesellschaft aufzubrechen und etwas Neues auszuprobieren. Außerdem ist es für die Tresenschichten mehr als unangenehm und extrem nervig sich ständug mit Alkleichen abzuhasseln. Doch ist dieser Sinn und Zweck offensichtlich nicht im Bewußtsein der meisten Konzert-BesucherInnen,
deshalb sehen wir mittlerweile keine Möglichkeit mehr, eine alk-freie Flora zu realisieren.

Der neue Plenumsbeschluß sieht jetzt vor, erstmal für einen begrenzten Zeitraum auf Konzerten Bier an einem eigenen Tresen in der Halle zu verkaufen. Die Vokü soll alkfrei bleiben!! Hartalk gibt es sowieso nicht.



Dieser Beschluß ist eine Kapitulation vor der Realität, aber auch eine Chance, den Alkkonsum in der Flora in etwas geregeltere Bahnen zu lenken.

Der Beschluß ist kein Konsens. Es gibt eine Fraktion auf dem Plenum, die sich rigoros gegen den Bierverkauf ausspricht, diesen Versuch nun aber erstmal tolerieren kann.

DIE GURKEN IM POLIZEISTAAT - Eine Erörterung

Am 8.März 93 sind Knud und Ralf vom Itzehoer Landgericht vom Vorwurf des "versuchten Mordes" und einem angeblichen "Eingriff in den Schienenverkehr" freigesprochen worden. Für Knud und Ralf ist das nach einem 1/2 Jahr U-Haft und fast sechzig Verhandlungstagen seit Januar 1992 ein glücklicher Ausgang: glücklich auch deswegen, weil beide denkbar knapp an einer Verurteilung vorbeigeschrammt sind. Wenn vielfach in der (interessierten) Öffentlichkeit schon seit einer Weile der Eindruck entstanden war, angesichts der dilettantischen Zeugenriege des Hamburger LKA und ihren offensichtlichen Lügen sei ein Freispruch doch "klar", so war das lediglich unbegründetes Wunschdenken. Bis Mitte Dezember 1992 hatte das Itzehoer Landgericht mehr als einmal seinen Willen signalisiert, Knud und Ralf zu verurteilen. Daß das anders kam, lag leider nicht an der Soligruppe, den VerteidigerInnen oder gar einer kritischen Öffentlichkeit, sondern am Hamburger LKA selbst!

Zwar haben die intensive Soliarbeit und das Engagement von insgesamt fünf VerteidigerInnen einen nicht unbeträchtlichen Druck aufgebaut, doch den hätte das Gericht lässig ignoriert.
Beweise?! Die vier LKA-Bullen haben immer behauptet, Knud und Ralf hätten in einem Hamburger Postamt in ein Branchenbuch von Pinneberg geschaut. Daher wären die Bullen überhaupt darauf gekommen, daß die beiden wegen am Parkbau beteiligter Firmen nach Pinneberg fahren wollten. LKA-Bulle Jahnke erkärte , er habe unmittelbar neben beiden gestanden und habe sogar das Titelblatt mit dem Aufdruck "Pinneberg" erkannt. In den Augen des Gerichts verliert so ein Zeuge nicht an Glaubwürdigkeit, wenn herauskommt, daß es gar kein Branchenbuch mit dem Aufdruck "Pinneberg" gibt und



die Frage bleibt, woher dann die Bullen gewußt haben wollen, daß Knud und Ralf wegen Pinneberger Firmen unterwegs sind.

Wenn die LKA-Bullen behaupten, Knud hätte ein gelbes T-Shirt und Ralf ein blaugraues an, tatsächlich aber Knud ein grünes und Ralf ein weißes mit großer roter Aufschrift anhatte, hält das Gericht das für keinen eklatanten Widerspruch und schon gar nicht für eine Lüge.

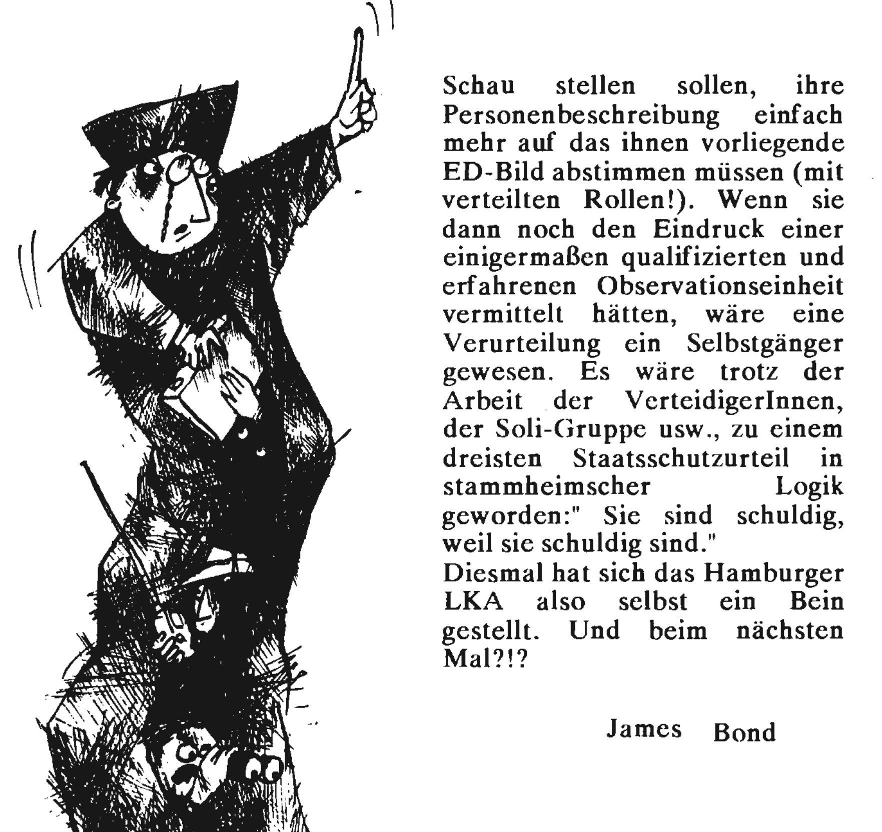
Wenn sich die Bullen ständig untereinander während des Prozesses absprechen und jeder Verhandlungstag mit Vorgesetzten vor- und nachbereitet wird, ist das in den Augen des Gerichts keine verbotene Zeugenabsprache oder der Versuch, ein Lügenkonstrukt zu retten.

Wenn dann die Verteidigung schließlich beweisen kann, daß Knud und Ralf die Observation bemerkt haben, sich zum Tatzeitpunkt woanders aufgehalten haben, ein "unabhängiger" Tatzeuge Knud und Ralf ausdrücklich als diejenigen, die er am Tatort gesehen hat, ausschließt, zeugt es von einem manifesten Verurteilungswillen, wenn das Itzehoer Landgericht das als Schutzbehauptungen (in ausdrücklicher Übereinstimmung mit der Staatsanwältin) bzw, ., unerheblich abtut. Und der Freispruch ist damit nur mittelbar auf die Soli-Arbeit bzw. VerteidigerInnen zurückzuführen. Unmittelbar verantwortlich sind dafür die vier LKA "Belastungszeugen", die sich im Endeffekt als Belastung für eine glatte Verurteilung erwiesen.
Statt die "Verwechslung" der Zielperson gleich zu Beginn des Prozesses offfenzulegen, inszenierte der LKA-Bulle Martens das geheimnisvolle Schweigen, um dann alles offenlegen zu müssen.

Darüber hinaus war das Solidaritätsgefühl unter den vier LKA-Bullen verkümmert: alle Ungereimtheiten oder Widersprüche wurden immer auf die anderen geschoben und wenn das nicht mehr durch zuhalten war, auf Martens, der wohl so eine Art Gruppenarsch beim LKA 331 war. Aussagen veränderten sich von Vehandlungstag zu Verhandlungstag, ein Rechtsbeistand soufflierte die möglichst unverfänglichsten Antworten. Und wenn's gar zu kritisch wurde im Itzehoer Gerichtssaal, wurde telefonisch mit der Hamburger Regie im LKA der neue Text improvisiert. So weit, so gut.

Doch ausgerechnet im entscheidenden Punkt, bei der vermeintlichen Beobachtung der Tat, mutierte die Gurkentruppe zur Supertruppe: alle vier Bullen konnten sich nun plötzlich sehr genau an Kleidungsstücke, Farben, Bewegungsabläufe und Körpermerkmale über 375 m Entfernung (teilweise ohne Fernglas) erinnern. Und kaum ging's dann um die Frage, was denn die Supertruppe nach ihren Beobachtungen getan haben will, bricht das strahlende Bild zusammen und hervor lugt wieder die bekannte Gurkenriege.
Mit solchen Belastungszeugen ist keine Verurteilung zu machen: sie hätten mal ein wenig mehr inneren Selbstzweifel, ob denn da nun wirklich "ihre" beiden Zielpersonen "sich für's Leben unglücklich machen" zur Schau stellen sollen, ihre Personenbeschreibung einfach mehr auf das ihnen vorliegende ED-Bild abstimmen müssen (mit verteilten Rollen!). Wenn sie dann noch den Eindruck einer einigermaßen qualifizierten und erfahrenen Observationseinheit vermittelt hätten, wäre eine Verurteilung ein Selbstgänger gewesen. Es wäre trotz der Arbeit der VerteidigerInnen, der Soli-Gruppe usw., zu einem dreisten Staatsschutzurteil in stammheimscher Logik geworden:" Sie sind schuldig, weil sie schuldig sind."
Diesmal hat sich das Hamburger LKA also selbst ein Bein gestellt. Und beim nächsten Mal?!?

James Bond



BÜNDNIS GEGEN STAATSGEWALT

HACKMANN - 5 JAHRE SIND ZUVIEL!

Presseerklärung des Bündnis gegen Staatsgewalt

Ralf und Knud sind heute freigesprochen worden. Damit ist ein Prozeß beendet, der ein weiteres Schlaglicht auf die Praktiken der Hamburger Polizei, insbesondere der Hamburger Staatsschutzabteilung wirft.
Durch eine kontinuierliche und zähe Öffentlichkeitsarbeit konnte dieser Freispruch errungen werden.

Im Prozeßverlauf entstand ein TrägerInnenkreis, um die Freispruchsforderung zu unterstützen. Das Bündnis setzte sich aus verschiedenen gesellschaftlichen Spektren u.a. aus Pax Christi, der BAG Kritische PolizistInnen, Hochschulgruppen, der Kriminologischen Initiative, der Roten Flora, der Soligruppe Ralf und Knud und der Redaktion Sprengsätze zusammen. Bei dieser Arbeit gelangte das Bündnis zu der Ansicht, daß das "Strafregister" von Innensenator Hackmann und den Staatsschutzeinrichtungen lang genug ist bzw. zu lang, um es weiter ertragen zu können.
Als herausragende Ereignisse unter der Federführung Hackmanns, der seit Mai 1988 Innensenator ist, sind zu nennen;
- Gründung des Hamburger LKA
- Aufbau der E-Schichten
- Aufstockung der Bereitschaftspolizei
- Aufstellung von speziellen Festnahmetrupps bei Demonstrationen
Zusätzlich ist seit 1.8.91 das

Hamburger Polizeigesetz neu gefaßt worden,das die Polizei, insbesondere das LKA 3, mit besonderen Überwachungs"rechten" ausstattet.
Es kam immer wieder zu "spektakulären Übergriffen", bei der sich die E-Schichte der Revierwache 16 (Schanzenviertel) hervortat.So wurde bei einem Einsatz der0 E-Schicht vor der Roten Flora ein Mensch verhaftet, auf der Polizeiwache zusammengeschlagen und lebensgefährlich verletzt. Daraufhin wurde Amnesty International auf die "Aktivitäten" der E-Schicht in der Lerchenstraße aufmerksam. Mittlerweile sind über 80 Anzeigen gegen Beamte dieser Schicht erstattet worden.
Beispielhaft für das Vorgehen des LKA 3 (Abteilung "Linksextremismus und Terrorismus") ist das Verfahren gegen Knud und Ralf. Weitere Beispiele sind die Überwachung von Gruppen wie z.B. amnesty international, Robin Wood und Greenpeace, die Einschleusung einer verdeckt arbeitenden Polizistin in das Stadtteilzentrum Rote Flora. Unter dem Pauschalvorwurf "RAF-Umfeld" baute sich die Hamburger Staatsschutzabteilung eigene Dateien auf, in denen bereits 1988 die persönlichen Daten von 2200 Menschen abgespeichert waren. Dies war auch der Ausgangspunkt für die rechstwidrige Observation von Ralf und Knud.
Der jüngste "Skandal" von Innensenator Hackmann und seinen Untergebenen war die Vorgehensweise der Polizeieinheiten gegen die Trauernden am Flughafen Fuhlsbüttel, die Abschied von den Toten von Möln nehmen wollten. Hackmann hat anscheinend auch diese Schandtat glimpflich überstanden.
Beim Prozeß gegen Ralf und Knud in Itzehoe wurde von Anfang an das Vorgehen der Abteilung "Linksextremismus und Terrorismus" (LKA 3) von der Innenbehörde gedeckt. Eine Aufdeckung der konkreten Vorgänge wird, wie in Fuhlsbüttel, auch im Itzehoer Prozeß versucht zu verhindern.
Wir sind der Ansicht, daß diesem staatlichen Vorgehen ein Riegel vorgeschoben werden muß, und endlich Konsequenzen gezogen werden müssen.
Wir fordern deshalb:
- Rücktritt von Innensenator Hackmann
- Auflösung der E-Schichten und der Festnahmezüge der Bereitschaftspolizei
- Auflösung der politischen Polizei LKA 3
- Uneingeschränktes persönliches Akteneinsichtsrecht
- Rücknahme des neuen Hamburger Polizeigesetzes SOG

Wir unterstützen die Forderung der GAL nach der Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschußes zu den jüngsten Polizeiskandalen.
Um die Forderungen zu unterstützen, werden wir in nächster Zeit Veranstaltungen und öffentliche Aktionen durchführen.

Bündnis gegen Staatsgewalt

Die Presseerklärung wird von ca 30 Gruppen und Einzelpersonen unterstützt.



Das Bündnis gegen Staatsgewalt ist aus einer Initiative entstanden, die sich während des Prozesses gegen Ralf und Knud gebildet hat. Anfänglicher Schwerpunkt war, Öffentlichkeit zum Verfahren gegen Knud und Ralf zu schaffen und die Freispruchsforderung zu unterstützen. Mittlerweile haben sich dem Bündnis verschiedene Gruppen und Menschen angeschlossen, die ebenfalls Betroffene der Machenschaften von Hackmanns Sondereinheiten sind. Die Arbeit hat sich dahingehend ausgeweitet, gegen Sondereinheiten und -gesetze insgesamt als Ausdruck staatlicher Repressionsstrategie vorzugehen.
Das Bündnis plant, weiter Öffentlichkeit gegen diese Strategie zu machen, z.B. in Form von Plakaten und Pressekonferenzen. Außerdem wird überlegt, eine Broschüre und/oder Versanstaltungen zum Thema Staatsgewalt zu machen, in der die Betroffenheit und die Arbeit der beteiligten Gruppen dargestellt werden.

Das nächste Treffen des Bündnisses findet am Do, 1.4. 19.00 im Volkshaus der Türkei (Neuer Kamp) statt. Weitere Termine können in der Flora oder im Schwarzmarkt erfragt werden.

Das Info aus der Flora

Nummer 13, April 1993



MERHABA GERÄUMT

Wir dokumentieren im folgenden ein Flugblatt aus Kiel zur Räumung des MERHABA:

MERHABA HEISST GUTEN TAG ...

... und ist außerdem das (!) autonome Zentrum in Kiel. Seit 1983 wird das MERHABA als Wohnraum, Kneipe, Veranstaltungsraum und Treffpunkt politischer Gruppen genutzt. MERHABA ist die Möglichkeit, in einer Gesellschaft, die aufgebaut ist auf Unterdrückung und Ausbeutung, Alternativen zu entwickeln, zu diskutieren und umzusetzen. Die Adresse dieser Möglichkeit war bis jetzt für uns:

MERHABA, Harmsstr.17., Kiel

STADT KIEL UND HBK: EINE KRIMINELLE VEREINIGUNG ?!

Der Vertrag, der bisher zwischen den Mieterinnen des Merhabas und der Stadt Kiel bestand, wurde 1992 endgültig von der Stadt Kiel gekündigt und eine Räumungsfrist bis zum 31. März gesetzt. Diese Kündigung steht im Zusammenhang mit dem geplanten Ausbau der Hopfenstraße, der damit verbundenen Ausdehnung des City-Kerngebietes auf die südliche Innennstadt und der allgemeinen Entwicklung, Innenstädte entweder nur noch für die oberen Zweidrittel bewohnbar zu machen oder in eine einzige Ansammlung von Büros, Geschäften, etc. zu verwandeln.

Seit 1991 haben die Investoren HBK (Hausbau Kiel) - die das Gelände gekauft hat - und die Baufirma Bernd Jürgensen (gleichzeitig Geschäftsfüher der HBK) mit den Zerstörungsarbeiten rund ums Merhaba und in den letzten Wochen auch widerrechtlich auf dem MERHABA-Grundstück begonnen. Der folgende "Kriminal-Tango" vermittelt nur einen Bruchteil der







Schweinereien, die die HBK im Bündnis mit der Polizei, der Stadt - und damit im Einverständnis mit den politisch Verantwortlichen - in der letzten Zeit auf unserem Gelände veranstaltet hat. Wir kämpfen seit längerem um dieses Haus, haben immer wieder versucht, mit den anderen BewohnerInnen des Viertels Widerstand gegen die unmenschlichen Pläne der Stadt aufzubauen, haben Öffentlichkeitsarbeit gemacht, streiten auf juristischem Wege ums MERHABA, suchen mit anderen betroffenen Projekten (z.B. Initiativenhaus Königsweg) nach Alternativen... Kurz: Wir sind - gelinde gesagt - Kummer gewöhnt. Die unverhohlen verlogene und brutale Dreistigkeit, mit der die Stadt und HBK jedoch in der letzten Zeit ihre Baupläne durchzuziehen versuchen, stellt eine neue Qualität ihrer Strategie dar.

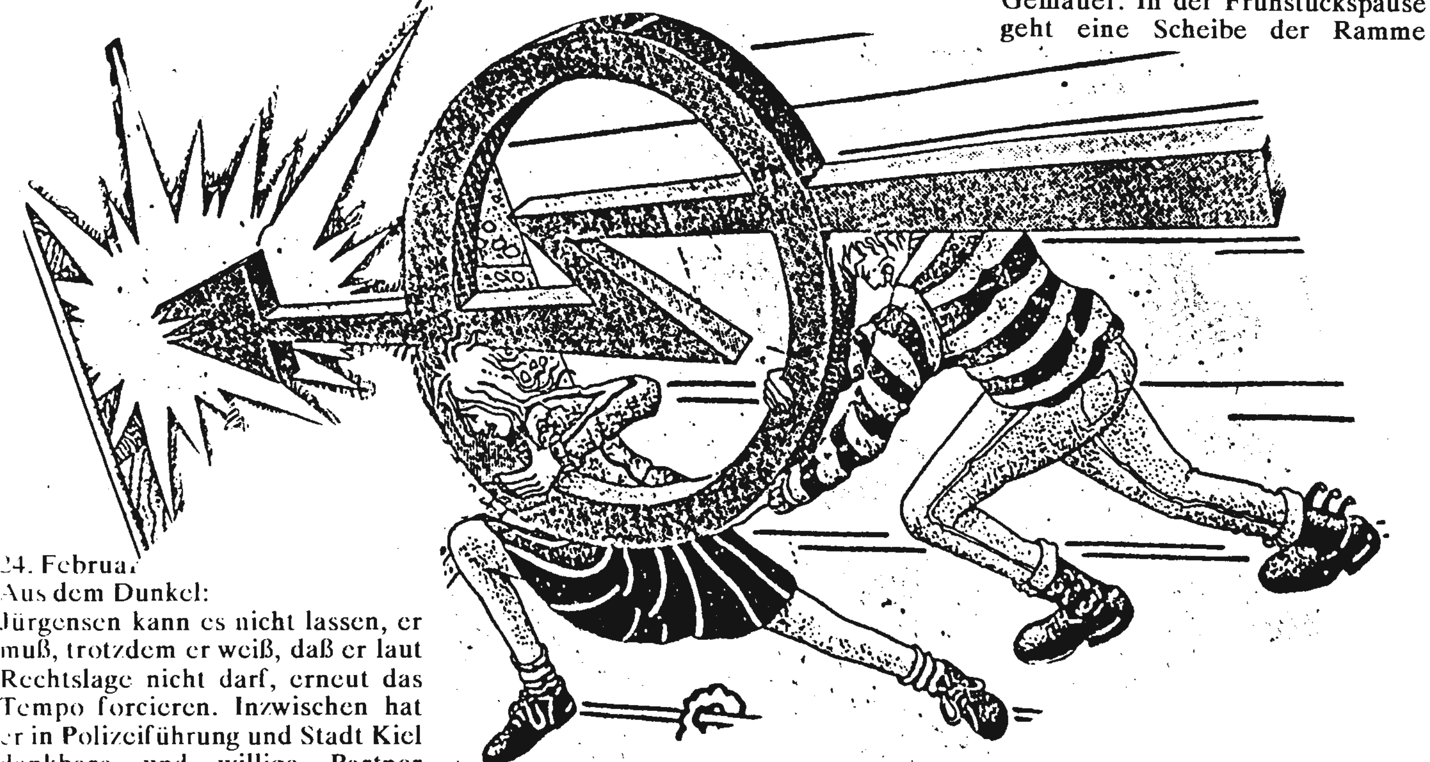
KRIMINALTANGO

22. Februar 1993
Im Hintergrund:
Bernd Jürgensen (Geschäftsführer der HBK) beschließt, da ihm der Profit näher am Herzen liegt als Verhandlungen und "Recht"mäßigkeit, einen verbotenen, schnelleren Takt einzuschlagen.

Es tanzen: Leiter der Baustelle und Bauarbeiter. Sie beginnen, vor dem MERHABA Leitungen freizulegen. Ziemlich bald beginnt die Polizei unter Führung des Einsatzleiters Viehweg, sich auf den Rythmus der HBK einzustellen.
Den Merhaba-NutzerInnen gelingt es nach ca. drei Stunden, mit Hilfe ihres Anwalts diesen Part zu beenden.

Interludium:
Das Amtsgericht verhandelt die einstweilige Verfügung um den Stopp der Bauarbeiten und befindet jetzt plötzlich, daß auch auf dem Grundstück Harmsstr. 17 gebaut werden darf. Angeblich ist das Gelände vor dem Haus nicht Teil des vermieteten Hausgrundstücks. Nur ein schmaler Gang zwischen Mauer und Bauzaun hält jetzt noch den Zugang zum Haus frei.

Stakkato:
jetzt geht's ab.
Frühmorgens zerstören die Bauarbeiter unter dem Schutz der Polizei den Garten hinter dem MERHABA. Das Gelände wird dort abgesperrt. Ein Mensch, der den Einsatzleiter der Polizei zu sprechen verlangt, wird verhaftet. Wenige Zentimeter neben dem Haus werden Spundwände in den Erdboden gerammt; das Haus vibriert, es entstehen Risse im Gemäuer. In der Frühstückspause geht eine Scheibe der Ramme



24. Februar
Aus dem Dunkel:
Jürgensen kann es nicht lassen, er muß, trotzdem er weiß, daß er laut Rechtslage nicht darf, erneut das Tempo forcieren. Inzwischen hat er in Polizeiführung und Stadt Kiel dankbare und willige Partner gefunden.
Es tanzen:
Mit den Untertänigsten ihrer Bauarbeiter, engumschlungen mit massiven Polizeiaufgebot beginnt die Leitung auf dem MERHABA erneut mit Bauarbeiten. Erst eine einstweilige Verfügung des Amtsgerichtes, die deutlich untersagt, daß auf dem Gelände vor dem 31.3. gebaut werden darf, beendet den Spuk - zumindest vorerst.
Zu diesem Zeitpunkt wird den Merhaba-NutzerInnen klar, daß die HBK mit allen Mitteln versuchen wird, z.B. durch Beschädigung des Hauses, das Tempo zu steigern. Sie werden recht behalten.

Die Justiz bezeugt Taktgefühl.

Der Logik ihrer Verhältnisse folgend, können die MERHABAS nicht umhin, ihren Mitmenschen dringend zu empfehlen, jetzt schon Barrikaden zur Verteidigung ihres Zugangs zum eigenen Wohnraum bereitzuhalten.

KRIMINALTANGO

Dienstag, 16. März / Mittwoch, 17.März

kaputt. Die Polizei droht, das Haus zu stürmen; die NutzerInnen verlassen das Haus; erst nach heftigem Protest wird den offiziellen MieterInnen der Zugang gestattet. Die MieterInnen weisen Bauleitung, Polizei etc. auf die Beschädigung des Hauses hin und verlangen Baustopp. Die Arbeiten gehen weiter. Am Nachmittag belegt eine erneute einstweilige Verfügung, daß es der HBK untersagt ist, " vor Ablauf der Räumungsfrist auf dem Grundstück Harmsstr.17 Bauarbeiten mit Maschinen (Bagger, Rammen) durchzuführen." Wen interessiert's: die Bagger baggern weiter, die Rammen rammen, die Polizei posiert.



Im Büro des Leiters des Liegenschaftsamtes, Hans Mehrens, treffen sich der Kieler Polizeichef Röper, ein Mensch der HBK und einer vom Bauordnungsamt , sowie Mehrens selbst, der zu diesem Zeitpunkt in Verbindung mit dem Oberbürgermeister steht. Auch Mehrens ist zu diesem Zeitpunkt die einstweilige Verfügung bekannt. Die Polizeiführung vor Ort wird von den MieterInnen aufgefordert, die Bauarbeiten zu stoppen. Der dort zuständige Einsatzleiter Viehweg antwortet, er wüßte, daß die Bauarbeiten unrechtmäßig wären, würde sie aber nicht stoppen. Um ca. 21.00 Uhr wird den Mieterinnen mitgeteilt, daß das Haus für baufällig erklärt worden ist und sie es sofort zu verlassen hätten.
Die drei Mieterinnen werden von der Polizei gewaltsam aus dem Haus geholt. Das Haus wird mit Brettern und angeschütteten Erdwällen vor den Türen dicht gemacht. Strom, Gas und Wasser werden abgestellt. Die Proteste von vielen AnwohnerInnen im Viertel weitergeführt. Kurz nach Mitternacht drängt die Polizei alle Menschen zurück, die bislang von der Straße aus das Geschehen beobachteten. Um ca. 1 Uhr wird plötzlich alles Licht auf der Baustele abgestellt; der Bagger und einige Arbeiter beschädigen das Haus an der Rückseite, um es endgültig baufällig zu machen. Liegenschaftsamtsleiter Mehrens steht daneben. Dann gehen die Bauarbeiten unter Flutlicht und Polizeischutz weiter.
Am 17. März benachrichtigen die Anwälte der HBK und der Stadt die Anwälte der MERHABA-Mieterinnen, daß sie die einstweilige Verfügung jetzt doch erhalten hätten. Die Bauarbeiten auf dem Grundstück werden vorerst eingestellt.

Die MERHABAS haben gegen die HBK und gegen die Stadt Kiel ein Ordnungsgeld von 500.000 DM beantragt. Sie werden gegen den Einsatzleiter der Polizei und gegen Hans Mehrens eine Dienstaufsichtsbeschwerde stellen.
Weiterhin können die MERHABA-NutzerInnen nicht ins Haus. Die aufgebrochenen Türen sind versperrt durch Bretter und Sandhaufen. Die Mieterinnen konnten bis heute nicht ihre Sachen aus dem Haus holen.
Ab hier:
Kurzzeitige Zurücknahme des Tempos.
Wenn die MERHABAS allen Mittanzenden ein kräftiges Stolpern über die eigenen Füße wünschen, ist das noch freundlich.

Taktstock und Schlagstock können bisweilen eine verblüffende Ähnlichkeit annehmen, und obwohl wir uns relativ bewußt darüber sind, daß diese Gestze an sich schon aus einer herrschenden Interessenlage geschliffen werden, hat es dennoch eine eigene Qualität, daß sie derart offen von den angeblich so Rechtsgetreuen verdreht, ignoriert und gebrochen werden.

WIR FORDERN:

-DIE SOFORTIGE INSTANDSETZUNG UNSERES HAUSES!

-ERSATZRÄUMLICHKEITEN, DIE SICH ALS WOHNRAUM UND ALS POLITISCHER UND KULTURELLER TREFFPUNKT EIGNEN

AKTUELLER STAND:
Am 20.3. gab es noch einmal einen Bullenüberfall im/am Merhaba mit totaler Absperrung des Gebietes. Die Bullen sollten ermöglichen, daß die Möbel der Bewohnerinnen von Mitarbeitern einer Umzugsfirma aus dem Haus geschleppt werden konnten.
Ebenfalls am 20.3. gab es in der Kieler Innenstadt mehrere Kundgebungen (50-60 Leute), die von den Bullen nicht verhindert werden konnten.

Am 24.3. wurde das MERHABA schließlich ganz abgerissen.

termine!! montags,19.00 uhr infotreffen in der meierei

infotelefon, täglich 16-20 uhr 0431/56 58 99 fax 0431/57 70 56

schriftlich zu erreichen über:
autonome infogruppe
schweffelstr.6
2300 kiel

"Die Faschisten sitzen in den Parlamenten und wir vor Gericht"

Antifaschist aus Wiesbaden seit 6.1.1993 in Untersuchungshaft!!

Am 6. Januar 93 haben in Mainz Anhänger der verbotenen Nazi-Organisation "Deutsche Alternative" einen "Kameradschaftsabend" organisiert. Bei dem Versuch linker Gruppen, dieses Treffen zu verhindern, wurden zwei Autos der Faschisten demoliert, und einige Neonazis leicht verletzt. Während die Polizei die Zusammenkunft der DA-Anhänger duldete, errichtete sie noch Stunden später Straßensperren in Mainz und Umgebung auf der Suche nach AntifaschistInnen. Dreieinhalb Stunden nach den Auseinandersetzungen wurde Gunther bei einer solchen Straßenkontrolle auf der Schiersteiner Brücke in Mainz/Wiesbaden angehalten, und sein Auto durchsucht. Eine gefundene Wollmütze, ein Paar Handschuhe und ein abgesägtes Stuhlbein unter seinem Fahrersitz genügten, um Gunther, der nach "polizeilichen Erkenntnissen" als Antifaschist bekannt ist, zu verhaften. Er wurde ins Mainzer Polizeipräsidium verfrachtet und am nächsten Tag mit dem Vorwurf "Schwerer Landfriedensbruch" dem Haftrichter vorgeführt. Dieser verfügte Untersuchungshaft, die vornehmlich mit Flucht- und Verdunklungsgefahr begründet wurde. Beim zweiten Haftprüfungstermin am 21.1. wurde Gunther mit der Begründung Verdunklungsgefahr nicht aus der Haft entlassen.

In den ersten Wochen war Gunthers Haftsituation gekennzeichnet von einer verschärften Sonderbehandlung. Die zuständige Oberstaatsanwaltschaft hatte mit Zustimmung des Richters viermal eine Verlegung bzw. Rückverlegung zwischen den Justizvollzugsanstalten in Koblenz, Wittlich und Mainz angeordnet. In der JVA Wittlich war Gunther eine Woche lang 24 Stunden am Tag isoliert.



Gunthers Verteidigung legte gegen die Untersuchungshaft Haftbeschwerde ein, die am 24.2.1993 vom Landgericht Mainz als unbegründet zurückgewiesen wurde. Die Begründung des Landgerichts beschäftigt sich in keinster Weise mit dem bisherigen Haftgrund Verdunklungsgefahr, nunmehr wird wiederum der Haftgrund "Fluchtgefahr" ins Feld geführt. Zur Begründung der Fluchtgefahr begibt sich das Landgericht ausschließlich auf ein politisches Gleis - ideologische Denkmuster ersetzen juristische Feststellungen. Objektiv wird Gunthers Haftfortsetzung auf Grundlage politischer Motive getroffen.

Wie anders sollen die Ausführungen des Landgerichts zu verstehen sein: "als Mitglied der sogenannten autonomen Szene (kann er) jederzeit in den Untergrund abtauchen". Das Konstrukt "autonome Szene - Untergrund" ist völlig aus der Luft gegriffen. Weiterhin stellt das Landgericht fest: "der Beschuldigte ist (...) Mitglied einer sich antinational sozialistisch bezeichnenden linkautonomen Gruppe". Die Wortwahl "antinational" gibt Einblicke.

Offensichtlich erhält der sich im Zuge der deutschen Wiedervereinigung ausbreitende Nationalismus jetzt auch am Landgericht Mainz eine beherrschende Bedeutung als juristischer Bezugsrahmen. Wie die Geschichte lehrt, verbindet sich gerade in Deutschland mit dem Beriff Nation die Vorstellung einer völkischen Gemeinschaft, die sich in Ab- und Ausgrenzung alles Anderen konstituiert, gegen Flüchtlinge, Sinti und Roma, Juden und Jüdinnen,....Auch die neuerliche Welle rassistischer und faschistischer Gewalt legitimiert sich im " Namen des Volkes". Das Landgericht Mainz stellt sich mit der politischen Diffamierug "antinational" auf die Seite derer, die mit der Parole "Deutschland zuerst" die Verschärfung der Gesetze gegen alle Nichtdeutschen fordern, und rassistische Anschläge verharmlosen und entschuldigen.



Die Begründung des Haftgrundes Fluchtgefahr mit der Mitgliedschaft Gunthers in einer "antinational sozialistisch linksautonomen Gruppe" knüpft, gewollt oder ungewollt, an die Tradition der Verfolgung von "Volksfeinden" durch die NS-Justiz an.
Die Härte, mit der hier die Kriminalisierung eines Antifaschisten jenseits gängiger juristischer Spielregeln betrieben wird, ist augenfällig. Es liegt die Vermutung nahe, daß hier ein Exempel statuiert werden soll, das alle meint, die sich gegen Rassismus und Faschismus zur Wehr setzen.

Die rheinland-pfälzischen Staatsschutzbehörden legen bei der Verfolgung von AntifaschistInnen einen derartigen Eifer an den Tag, daß diese im Jugendzentrum Bingen einen Spitzeleinsatz ohne richterliche Genehmigung über mehrere Monate hinweg veranlaßten. Der verdeckte Ermittler wurde jedoch Anfang des Jahres enttarnt. Bei öffentlichen Rechtfertigungen des V-Mann-Einsatzes wurden immer wieder "gewaltbereite Autonome" aus dem Rhein-Main-Gebiet, und deren Engagement in Bibelsheim benannt.
Dort hatte sich ein breites antifaschistisches Bündnis gebildet, nachdem bundesweit organisierte rechte Kreise für den Erhalt des Kriegsgräberfriedhofs in Bibelsheim mobilisierten, um diesen als Wallfahrtsort ihres Revanchismuses zu etablieren.
Ein Zusammenhang des Spitzeleinsatzes JUZ Bingen mit Gunthers Verhaftung ist nicht auszuschließen. Gunther war vor seiner Verhaftung im Bibelsheimbündnis aktiv.

Im krassen Gegensatz zur Verfolgung von AntifaschistInnen, ist immer wieder festzustellen, wie nachsichtig Polizei und Justiz auf organisierte rassistische Hetze und die unzähligen Mordanschläge der Nazis reagieren - bzw. überhaupt nicht reagieren, wie im Falle der schon seit Jahren unbehelligt stattfindenden Organisationstreffen bundesdeutscher Nazigrößen bei "Nazi Müller" in Mainz-Gonzenheim.

Mainz ist seit mindestens 19 Jahren ein Zentrum des organisierten Neo-Faschismuses in der BRD. So wird 1974 in Gonzenheim die "NS-Kampftruppe Mainz" oder "NS-Kampftruppe Müller" gegründet. Im Mai 1974 wird in der Gärtnerei Müller ein Waffenlager ausgehoben, u.a. werden Gewehre, Pistolen, Munition und Chemikalien zur Sprengstoffherstellung sichergestellt. Die Waffen werden von der Polizei an Kurt Müller zurückgegeben, da dieser eine gültige Waffenbesitzkarte hat.
In den folgenden Jahren steht das Ehepaar Müller mit fast jedem Organisationsansatz des deutschen und internationalen Neofaschismuses in Verbindung,



z.B. der NSDAP/AO, der ANS/NA, der FAP und der DA. Lage und Größe ihres Anwesens, sowie die sogenannte "Walhalla" ermöglichen es den Müllers relativ ungestört ihren Aktivitäten, von "Wehrsportübungen" bis zum "Führerthing", nachzugehen. Regelmäßig zu "Führers-Geburtstag" und der Sommer- und Wintersonnenwende geben sich am Eingang der Müllerschen Festung Nazi-Größen, wie Christian Worch oder Friedhelm Busse, Bundesvorsitzender FAP, die Klinke in die Hand. Zuletzt am 29. Dezember 1992, als rund 300 Rechtsradikale der bundesweiten Mobilisierung zur Sonnwendfeier gefolgt waren. Unter den anwesenden Gästen war u.a. Michael Petri, ehemaliger rheinland-pfälzischer Landesvorsitzender der jüngst verbotenen DA. Die Neonazi-Aufmärsche am ehemaligen alliierten Kriegsgefangenenlager im benachbarten Bibelsheim wurden ebenfalls von der Gonzenheimer Schaltzentrale aus organisiert.

Die "Führungsposition" der Müllers erklärt sich nicht nur durch die logistische Bedeutung ihrer Gärtnerei, sondern wird ergänzt durch den leitenden Vorsitz Ursula Müllers bei der "Hilfsgemeinschaft für nationale Gefangene" (HNG), einem Netzwerk, das verschiedene Organisationsansätze der Faschisten verbindet. Die HNG unterstützte u.a. tatkräftig das Pogrom in Rostock-Lichtenhagen, sie verteilte als Rechtshilfeorganisation Flugblätter, die Rechtsbelehrung bei Verhaftung gaben.
Neben dieser, auch vom Verfassungsschutz eingeräumten "bundesweit bedeutsamen" Aktivität der harten Neonazi-Szene im Umfeld der Nazi-Familie Müller, gibt es in Mainz außerdem eine beachtliche Organisierung der rechten Szene in legalen Parteien. Insgesamt sind, zusammen mit der verbotenen DA, ca. 310 Alt- und Jungnazis in den Parteien NPD, Reps und DVU organisiert. Der Ortsverband der DA ist mit 30 Personen einer der größten in der BRD. Die "Kameradschaftsabende" der DA finden auch weiterhin trotz Verbot in der Gärtnerei Müller oder der Gaststätte "Am Depot" statt, die ebenfalls den Republikanern als Versammlungsort dient.
Verfassungsschutz, Staatsanwaltschaft und Polizeibehörden in Rheinland-Pfalz sind sich im Umgang mit den Rechtsextremisten einig: totschweigen - und wenn dieses einmal nicht mehr geht, bemühen sich "höchste Stellen" die rassistischen Aktivitäten der Neonazis herunterzuspielen, zu verharmlosen und zu entschuldigen. Innenminister Walter Zuber stellt am 25.11.1992 fest: "In Rheinland-Pfalz gibt es bisher keine Anhaltspunkte dafür, daß fremdenfeindliche Straftaten

durch rechtsextremistische Kreise organisiert und zentral gesteuert werden". Eine solch wohlwollende Rückendeckung für die Nazi-Müllers aus Mainz-Gonzenheim werden diese selbst nicht erwartet haben.

Ganz im bundesdeutschen Trend leugnet man in Mainz den Zusammenhang einer immer breiteren Organisierung der Neo-Faschisten mit der steigenden Zahl rassistischer Angriffe auf ausländische Menschen. Im Kalenderjahr 1992 sind nach Angaben Zubers 150 fremdenfeindliche Straftaten aktenkundig geworden. Die Aufklärungsquote dieser oftmaligen Mordversuche liegt mit 24% deutlich unter der Durchschnittsquote aller Straftaten, die bei 50% liegt. Diese Tatsache einer viel geringeren Aufklärungsquote erklärt sich nicht zuletzt damit, daß die Mainzer Polizei und Justiz keine Schritte unternehmen, die die Organisierung und Aktivitäten der Faschisten entscheidend behindern. Vielmehr gilt das derzeitige Interesse der Staatsschutzbehörden den Antifa-Gruppen, die effektiv Widerstand gegen Rassismus und Faschismus leisten. Die Verfolgung und Kriminalisierung von AntifaschistInnen und Linken einerseits, und die Toleranz bis hin zur Unterstützung von Faschisten andererseits durch diesen deutschen Staat ist nicht neu. Den 6.500 Verfahren gegen Nazi-Kriegsverbrecher, die in der BRD durchgeführt wurden, stehen alleine ab 1956 ca. 150.000 politische Prozesse gegen Linke gegenüber. Diese Tradition der bundesdeutschen Justiz änderte sich auch dann nicht, als in Folge der Wiedervereinigung fast jede Nacht Flüchtlingsheime brannten, AusländerInnen, Obdachlose, Linke und homosexuelle Menschen angegriffen und ermordet wurden. Der Feind steht nach wie vor links. Knapp über dreihundert Verfahren wegen Bildung und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung hat der Generalbundesanwalt seit der



Wiedervereinigung gegen Linke eingeleitet, gerade mal sechs gegen Neonazis.
Offensichtlich werden rassistische Verbrechen hierzulande nicht von Feinden dieser Gesellschaftsordnung begangen, sondern als ein etwas "grober Ausdruck des Bürgerwillens", letztendlich sogar belohnt. Die inzwischen alltäglichen Angriffe und Progrome, von Hoyerwerda bis Rostock, dienen der Legitimation des gesetzlichen und administrativen "Handlungsbedarfs" zur Verschärfung der Asylbestimmungen. Die faktische Abschaffung des Asylrechts bestätigt all jene, die "Deutschland zuerst" im Kopf haben: die Bürokraten, die Hetzer und die Totschläger. Diese Dreieinigkeit wird derzeit hauptsächlich durch Antifa-Gruppen und Initiativen, deren erklärtes Ziel die antifaschistische Selbsthilfe ist, gestört. So wundert es auch nicht, daß immer öfter Antifaschisten und Antifaschistinnen ins Fadenkreuz der staatlichen Repression rücken, denn die Bewegung konnte einige Erfolge gegen Großveranstaltungen, Parteitage und Treffen der Faschisten erringen, nicht zuletzt auch mit Einsatz von Militianz. Die heuchlerische Medienkampagne und verordneten Lichterketten gegen Haß und Gewalt haben in diesem Zusammenhang den Hintergrund, die antifaschistischen Widerstandsformen zu kriminalisieren, die effektiv dem faschistischen Terror der Straße Einhalt gebieten. Die staatliche Verfolgung wird regelmäßig gedeckt durch eine Presseberichterstattung, die entweder versucht, die politischen Auseinandersetzungen als ein Problem rivalisierender Jugendbanden herunterzuspielen, oder linke Gegengewalt zu diffamieren, indem diese dem rechten Terror gleichgesetzt wird. Diese Verleumdung gipfelte in der Gleichsetzung der Morde an den Menschen in Mölln mit den Eierwürfen auf Bundespräsident und EX-Nazi Weizzäcker.
Für uns ist klar: Die Aktion gegen das "Kameradschaftstreffen" von Faschisten der "Deutschen Alternative" am 6. Januar 1993 hatte seine völlige Berechtigung und ist legitim.
Es ist bezeichnend, daß die Festnahme Gunthers von den Behörden betrieben wird, die schon seit Jahren tatenlos zusehen, wie Mainz zu dem Zentrum der westdeutschen Neonazi-Szene avanciert. Antifaschistischer Widerstand ist offensichtlich in diesem Staat nur gegen diesen selbst möglich.

FÜR DIE SOFORTIGE FREILASSUNG VON GUNTHER UND DIE EINSTELLUNG ALLER VERFAHREN GEGEN ANTIFASCHISTINNEN!!

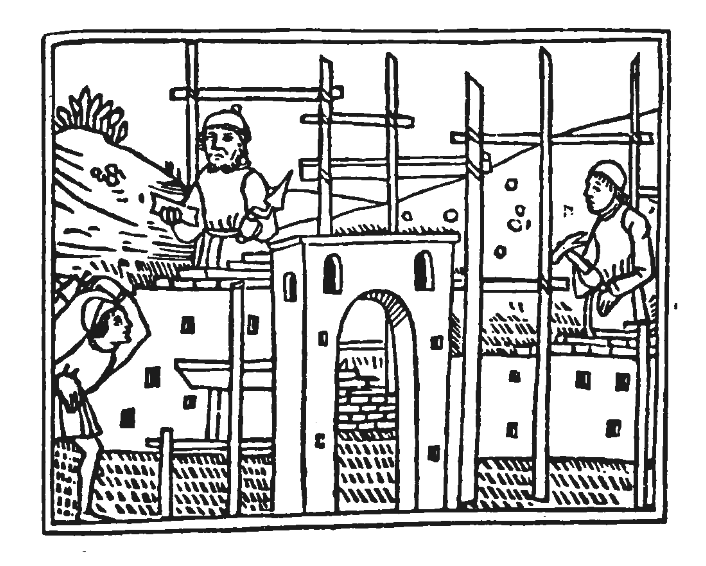
Solidaritätsgruppe Gunther Mainz/Wiesbaden,
Kontakt: Infoladen, 6200 Wiesbaden, Werderstr.8
Fax: 0611/9490751
Tel: 0611/440664 (dienstags ab 20.00 Uhr)



EIAPOPEIA AM HAFENRAND ODER DIE HAFENSTRASSE AUF DEM MARSCH DURCH DIE INSTITUIONEN

Seltsames tönt vom Elbrand herauf:" *Bei uns machen nur noch die Kinder Radau*", so zitierte schon vor einem halben Jahr die MoPo eine Hafenbewohnerin.
Das war nicht so beunruhigend, wurde doch kurz darauf die Flora als Rückzugsgebiet für Blumenkinder gefeiert, die Bauis von den Zeisewiesen zu esoterischen Naturfreaks umgemodelt.
Das System war deutlich zu erkennen: Linksradikale Projekte sollten von der liberalen Presse entpolitisiert und somit verdaubar gemacht werden.
Logisch, wir müssen darauf reagieren - mit der vermehrten Erzeugung von Verdauungsstörungen
Logisch ?
Die Hafenstraße sieht das offenbar anders.
Dieser Alpdruck Hamburger BürgerInnen macht sich bereitwillig die Darstellung der MoPo zu eigen und tritt mit einem stadtteilorientierten Bauprojekt an die Öffentlichkeit.
Die Baulücke zum Restaurant Störtebecker soll geschlossen werden, aber, so schreibt die Taz unwidersprochen: " *Die ehemaligen Häuserkämpfer sind älter geworden. Die enstige Kampfburg ist Heimat. Die Bürger von St. Pauli sind ihe Nachbarn, die Nachmittags zum Kaffee in die Hermine kommen, um die neuen Babys anzuschauen...*"
Klar, daß unsere gealterten RevoluzzerInnen dieses Eiapopeia nicht mit Platzbesetzungen stören wollen. Statt dessen veröffentlichen sie eine perfekt gestaltete Broschüre voll warmer Worte.
Von Verantwortung aufgrund der exponierten Hafenlage ist da die Rede, sogar das "Tor zur Welt" wird herbeizitiert, einfach so, ohne den imperialistischen Hintergrund dieser Formulierung auch nur anzureißen.
Mit keinem Wort ist jedoch die Rede von autonomer Politik, vom Leben gegen dieses System, von radikaler Veränderung etc.
Da freut sich das Hamburger Abendblatt, "*geradezu modellhaft*" finden sie den Bauplan des ehemaligen "*Terrornestes*".
Und auch die HafensträßlerInnen freuen sich und geben der Taz weiter zu Papier: "*Sollen sie uns zu Modellbürgern machen, egal. Image ist im Moment unser geringstes Problem.*"
Schließlich gibt es Wichtigeres, das Fehlen öffentlicher Toiletten am Hafenrand zum Beispiel.
Oder die Aktivierung von Promis wie Hundertwasser oder Dangschat, die dann die Politik machen dürfen, während am Hafen die 'gemachten' Kinder zur Leistungsbilanz addiert werden.
'Es gibt eben doch ein richtiges Leben im falschen', so schreit es uns mittlerweile aus allen Verlautbarungen des Hafens entgegen.
Oder gibt es vielleicht schon gar kein falsches Leben mehr ?
Zumindest nicht mehr ganz so falsch, irgendwie ???

Anm. der Redaktion: Wir haben einige Zeit überlegt, ob wir diesen Text veröffentlichen sollen oder nicht. Schließlich spüren wir in der Flora gerade am eigenen Leib deutlich genug, welche Gratwanderung es bedeutet, sich auf die Ebene der Auseinandersetzung mit politischen Gegnern zu begeben. Vielleicht trägt dieser Text ja dazu bei, eine überfällige Diskussion in Gang zu setzen. Wir sind gespannt auf Reaktionen!



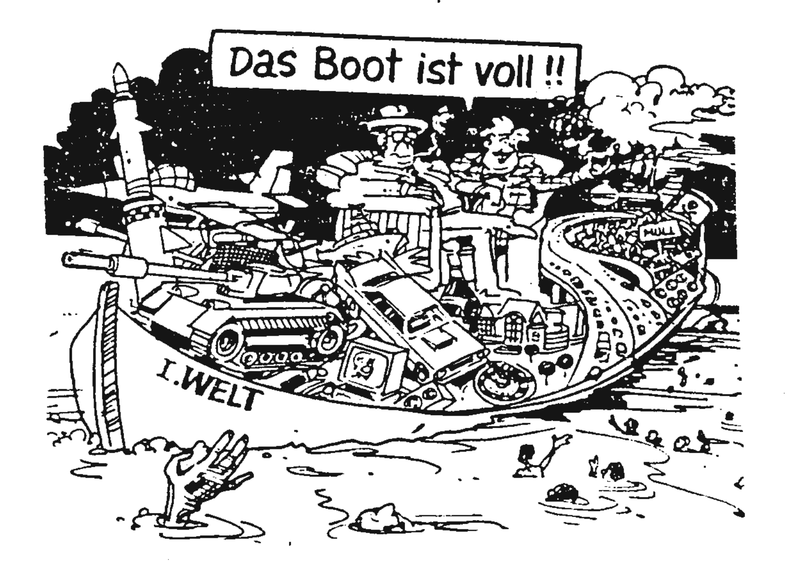
Offener Brief an die STEG

Das vornehme Wort Kultur tritt anstelle des verpönten Ausdrucks Rasse, bleibt aber ein bloßes Deckbild für den brutalen Herrschaftsanspruch" (Theodor W. Adorno, 1955)

OFFENER BRIEF AN DIE STEG
betreffend den "Bericht zur Situation der Roma im Karolinenviertel"

Natürlich wissen wir, daß die STEG eine Institution ist, die im Auftrag des Hamburger Senat handelt. Insofern sind ihre Entscheidungen nicht Ergebnis rationaler Diskussion, sondern den Interessen der Regierenden untergeordnet. Die STEG steht für die sozialdemokratische Variante einer Stadtentwicklungspolitik, die soziale und wirtschaftliche Modernisierungsprozesse, die durch die ständige Weiterentwicklung des kapitalistischen Systems verursacht sind, sozialtechnisch begleitet und modelliert, um diese Prozesse so effektiv wie möglich zu gestalten, ohne daß das politische System seine Legitimation bei den betroffenen Menschen verliert. Trotz dieser Einschätzung wählen wir die Form eines offenen Briefes und machen damit ein Diskussionsangebot. Neben der Rücknahme des Berichts fordern wir eine Stellungnahme der STEG.

Als "Band 1 einer Berichtsreihe der Stadterneuerungsgesellschaft Hamburg mbH (STEG) zur sozialen Situation unterschiedlicher Bewohnergruppen im Karolinenviertel" legen sie den Bericht zur Situation der Roma vor. Die Hälfte des Berichts beschäftigt sich mit der Definition der Roma. Aus der Sicht der STEG wird deren Geschichte und "Kultur" dargestellt. Im zweiten Teil stellen sie eine Befragung von 18 Romahaushalten aus dem Karolinenviertel vor. Im dritten Teil wollen sie Lösungsansätze zur Verbesserung der Situation der Roma im Karoviertel aufzeigen. Sie sind sich sicher, daß der Bericht die Kommunikationder im Viertel arbeitenden und lebenden Menschen verbessern wird (S. 5). Wir erlauben uns, daß zu bezweifeln.
Es spricht einiges für die Einschätzung, ihr Bericht sei ein Ausrutscher. Er enthält zuviele unüberlegt übernommene Vorurteile aus der Mottenkiste des Rassismus (weiter unten werden wir einige Beispiele aufführen), um wirklich ernst genommen zu werden. Das alleine wäre Grund genug, eine Rücknahme des Berichts zu verlangen. Wir meinen aber, daß es um wesentlich mehr geht, nämlich um die weitere Ausdehnung der Diskurse des Neorassismus in die praktische Politik hinein. Der Bericht legt explizit einen Handlungsansatz der Stadtplanung und -erneuerung nahe, der nicht mehr von sozialpolitischen Gesichtspunkten her bestimmt ist. Über weite Strecken haben wir den Eindruck, daß ihnen diese Folgen gar nicht bewußt sind, die inhaltliche und stilistische Schlampigkeit des Textes legt diesen Eindruck nahe. Wir sind aber nicht sicher, was schlimmer ist, die bwußt populistische Ausrichtung der Stadterneuerungspolitik an rassistischen Positionen oder deren unreflektierte Übernahme.



IDEOLOGIE DER NEUEN RECHTEN

Um es ganz deutlich zu machen: Das Vorgehen in der Studie ist deckungsgleich mit dem Projekt der Neuen Rechten von Le Pen bis Schönhuber und ihren ideologischen Protagonisten. Die Neue Rechte hat einen modernen Rassismus hervorgebracht, der nicht mehr eine biologische Hierarchisierung der Menschen auf Grund ihrer "rassischen Herkunft" behauptet. Der Übergang von einem biologischen Rassismus der unaufhebbaren Minderwertigkeit bestimmter Gruppen von Menschen zu einem Rassismus der Differenz, der unaufhebbaren Getrenntheit an sich gleichwertiger "Kulturen", in deren Mischung die Gefahr für die Menschen liegen soll, ist durch die Einführung des Konzepts der "kulturellen Identität" gekennzeichnet. Diese soll das sein, was jedem Menschen dort, wo er geboren und aufgewachsen ist, aufgeprägt wurde. Gleichzeitig sei sie eine kollektive Identität, die gegen "Überfremdung" geschützt werden muß. Diese Vorstellung macht es möglich, soziale Konflikte als Auseinandersetzung zwischen ethnischen Gruppen zu deuten, die um ihre "kulturelle Identität" kämpfen.

Was uns besonders entsetzt, ist die kommentarlose Übernahme des von rechtsradikalen Ideologen geprägten Begriffs der "kulturellen Identität" in ihrer Studie. Sie gehen einfach darüber hinweg, daß es seit Jahren eine ausgedehnte Diskussion über das vermehrte Auftreten neuer Rassismen gibt, die sogar bis in die deutsche Sozialwissenschaft hinein ihre Auswirkungen gehabt hat. Wenn Sie sich schon nicht auf solche Beiträge beziehen wollen, die antirassistische Positionen und Politiken zu entwickeln versuchen, dann legen Sie wenigstens offen, welche Anleihen Sie bei den Vordenkern der Neuen Rechten, Alan de Benoist und anderen gemacht haben.

ETHNISIERUNG VON KONFLIKTEN

Ausgangspunkt der Studie sind die sich häufenden Konflikte der einzelnen Bevölkerungsgruppen untereinander, die durch den Drogenhandel und die Präsenz von Roma auf den Straßen verursacht würden (S. 3). Dadurch überlagere das Thema Roma alle Auseinandersetzungen. "Oft sind die Diskussionen geprägt von Mißverständnissen und offensichtlichen Falschinformationen. Sinti, jugoslawische Roma, Asylanten und Gastarbeiter werden auf einen Nenner gebracht." Deswegen sei es nötig, über Roma und Sinti aufzuklären, einen "gemeinsamen Kenntnisstand" (S. 4) zu schaffen. Im folgenden ist dann nicht mehr von den angedeuteten Problemen und Konflikten im Karolinenviertel, sondern nur noch von Roma und Sinti die Rede. Diese Vorgehensweise bezeichnen wir als "Ethnisierung sozialer Konflikte". Probleme, die durch eine Wohnungspolitik gegen die Interessen der MieterInnen, eine Sozialpolitik gegen die Benachteiligten und nicht zuletzt durch die fortdauernde Diskriminierung von Flüchtlingen und ImmigrantInnen in allen gesellschaftlichen Bereichen entstanden sind, werden so in Auseinandersetzungen zwischen der deutschen Mehrheit und ethnisch bestimmten Minderheiten umgedeutet.
Sie behaupten wahrscheinlich zu Recht, die Roma seien 1989 gar nicht als solche wahrgenommen worden, sie galten als jugoslawische Gastarbeiter (S. 24). "Es bleibt aber festzustellen, daß es bis 1989 kaum objektive Gründe gab, über Notwendigkeiten der Intergration jugoslawischer Roma im Karolinenviertel nachzudenken, denn sie waren integriert." (S. 24). Wir vermuten, daß zumindest die STEG oder ihre Vorgängerorganisation als Wohnungsverwaltung trotzdem darüber nachgedacht und eine Romakartei erstellt hat. Wie sonst ist es zu erklären, daß die STEG ohne Schwierigkeiten die genaue Zahl der Roma unter ihren MieterInnen angeben kann ? Wie kann es überhaupt passieren, daß Menschen, ohne das sie sich selbst neu definiert haben, innerhalb sehr kurzer Zeit im allgemeinen Bewußtsein vom jugoslawischen Gastarbeiter in Roma verwandelt werden ? Dieses Phänomen, das immerhin auch einen grundlegenden Wechsel des Paradigmas beihaltet, nämlich den Wechsel vom sozialen (Arbeiter anderer Nationalität) zum ethnischen (Angehörige einer Ethnie, Kultur, Rasse) Blickwinkel, wird von Ihnen nicht problematisiert. Sie prüfen nicht, ob die festgestellten Auseinandersetzungen zwischen Bevökerungsgruppen nicht lediglich eine rassistische Verarbeitung von Konflikten sind, die in Wahrheit ganz andere Ursachen haben. Sie übernehmen einfach die Annahme, es müssen an der kulturellen Andersartigkeit der Roma liegen. Diesen Deutungen wollen Sie einen rationalen Hintergrunf verschaffen, indem Sie differenziert darstellen, wie Roma "wirklich" sind. Ein etwas aus der Mode gekommenes Wort für dieses Vorhaben ist: Rassenkunde.



KONSTRUKTION EINER ETHNISCHEN MINDERHEIT

Sie teilen die Bevökerung in ethnische Gruppen ein, die dann weiter differenziert werden, um sie einer unterschiedlichen Behandlung zuführen zu können: Nachdem Sie festgstellt haben, daß Roma unter sozialer Benachteiligungg leiden, schreiben Sie lapidar "Dennoch handelt es sich bei den 'Zigeunern' nicht um eine soziale Randgruppe, sondern um eine ethnische Minderheit." (S. 17) Die ganze Künstlichkeit der Konstruktion einer ethnischen Minderheit wird in diesem ohne weitere Begründung dastehenden Satz klar. Und weiter : "Es scheint uns vielmehr nötig zu sein, nicht allein zwischen Sinti und Roma zu differenzieren, sondern vielmehr nach Herkunft, den bisherigen Lebensumständen und vor allem der Aufenthaltsdauer." (S. 22) Die Aufenthaltsdauer wird schließlich zum Hauptkriterium der Selektion. Es wird eine Aufteilung in "...drei Hauptgruppen mit unterschiedlichem kulturellen Hintergrund" (S. 27) vorgenommen. Diese Gruppen sollen sein: Familien mit Kindern, die schon seit 15-20 Jahren hier sind, deren BesucherInnen, die z.T. Asyl beantragt haben und als letzte die in Hotels untergebrachten Romafamilien. Nur die erste Gruppe wollen Sie bei Ihren Planungen überhaupt berücksichtigen: "Somit können die vorgeschlagenen Perspektiven auch nur für die schon seit langem im Karolinenviertel lebenden Roma Gültigkeit haben" (S. 56)

Sie definieren eine ethnische Gruppe Roma in der Absicht, sie von anderen Bevölkerungsgruppen zu unterscheiden. Diese Definition läuft über die

Zuschreibung einer nie zu überwindenden "kulturellen Identität" als Roma, deren Ursprung dunkel bleibt, dabei wird diese Identität einerseits als Ursache für die Konflikte zwischen Bevölkerungsgruppen angesehen, andererseits muß sie geschützt und bewahrt werden (S. 58), am besten in einem Roma-Haus. "Trotz der überwiegenden Skepsis dem 'Roma-Haus' gegenüber, muß hier festgehalten werden, daß der Wunsch, die nachbarlichen Konfikte zu deeskalieren, von vielen Familien ausgesprochen wurde. Da es hier aber nie zu Vorschlägen bzw. einer Verhaltensänderung kam, sondern im Gegenteil die Lösung eher in einer räumlichen Trennung (Erdgeschoß, Roma-Haus) gesehen wurde, sollte man die Überlegung, mehrere Romafamilien in einem Haus unterzubringen, nicht sofort wieder verwerfen....in jedem Fall erscheint uns diese Unterbringungsform als eine realistische Möglichkeit, die eigene Identität zu wahren, ohne sich in täglichen Konflikten aufreiben zu müssen" (S. 58 f) Nun haben wir nichts dagegen, daß Roma oder wer auch immer gemeinsam in einem Haus wohnen, wenn sie dies wünschen. Ihr Beharren auf dieser Lösung erscheint uns jedoch merkwürdig, haben Sie doch festgestellt, daß von Ihnen befragte Roma mit dem Begriff "romaspezifisches Wohnen...trotz Erläuterung nichts anfangen" (S. 51) konnten und von der Mehrheit in diesem Zusammenhang die Angst vor weiterer Ghettoisierung formuliert wurde. (S. 51) Unserer Meinung nach kommt in Ihrem Beharren auf dem Roma-Haus zum Ausdruck, was sich als implizite Grundlage durch die ganze Studie zieht: Die Idee von Inkompatibilität der "Kulturen", deren Vermischung ein unmögliches und deswegen zu vermeidendes Unterfangen ist.
Es sei daran erinnert, daß es Ihnen gerade um die Menschen geht, die seit 15-20 Jahren in Hamburg leben, die sich im Karolinenviertel wohlfühlen und die in Ihrer Befragung deutlich Wünsche äußerten, z.B. nach größeren und instandgesetzten Wohnungen und danach, als Bürger unter anderen anerkannt und nicht isoliert zu werden.

DISKRIMINIERUNG ALS PRINZIP

Das Vorgehen dieser Studie ist die Zuschreibungg einer ethnisch bestimmten kulturellen Identität einer Minderheit aus der Sicht der Mehrheit. Dieses Vorgehen lehnen wir schon aus Prinzip ab, ganz besonders aber, wenn diese Minderheit, wie die Roma in Deutschland, seit jeher einer extremen Diskriminierung und Unterdrückung ausgesetzt ist, deren Höhepunkt die geplante Vernichtung im Namen der arischen Rasse war. Die Definition einer verfolgten Minderheit durch die verfolgende Mehrheit kann immer nur die Verfolgung reproduzieren. Die Verfolger schaffen sich ihre eigene Rechtfertigung durch die Behauptung einer erkennbaren Identität der Verfolgten, die als Herausforderung angesehen wird. Die Minderheit wird gerade durch die Diskriminierung und Verfolgung als Kollektiv fortwährend neu geschaffen. aus diesem schlichten Grund ist es was ganz anderes, sich selbst als Rom zu sehen und sich auf Traditionen zu beziehen, als von Deutschen als ethnische Minderheit definiert zu werden.

Sie stellen selber die bis heute andauernde Tradition der Verfolgung von Roma und die damit einhergehende Stigmatisierung fest, kommen aber gleich ins rechte Fahrwasser zurück: "Schon mit dem ersten Erscheinen der Sinti in Deutschland im 15.Jahrhundert beginnt eine Geschichte der Diskriminierung und Verfolgung." Hier beginnt der ewige Kreislauf der sich selbst rechtfertigenden Diskriminierung: Allein durch ihre Anwesenheit, so ist die These, komme es zu Verfolgung und Diskriminierung von Roma und Sinti. Daran habe sich bis heute nichts geändert. Es sei völlig falsch zu sagen, daß alle Roma dealen,"...aber viele Roma leben im Sommer bevorzugt auf der Straße, und auf den Straßen des Karolinenviertels wird gedealt. Daher ist es für Roma ausgesprochen schwer, sich soweit abzugrenzen, daß dieses von den Augen der Öffentlichkeit registriert wird. Ihre Andersartigkeit (Sprache, Aussehen, Kleidung, Umgang untereinander etc.) kommt noch erschwerend hinzu."(S.26) In der ganzen Studie findet sich nicht ein Wort der Kritik an dem rassistischen Blick der Öffentlichkeit, nicht eine einzige Überlegung, wie Rassismus bekämpft werden könnte, und sei es mit pädagogischen Maßnahmen. Als Ursache für den Rassismus werden immer seine Opfer benannt: die Roma und die müssen verschwinden. "Gerade unter dem Aspekt der Ausländerfeindlichkeit ist es notwendig, den Roma im Karolinenviertel Perspektiven, aber auch Grenzen aufzuzeigen."(S.28)





BUNTE RÖCKE UND GESCHEITERTE SOZIALISATION

Ihre Studie ist nicht nur in dem Ansatz abzulehnen, definitorisch auf eine Minderheit zuzugreifen. Auch die Darstellung der Roma in der Studie ist in unerträglicher Weise geprägt von rassistischen Vorurteilen. Da flattern "bodenlange Röcke und bunte Kopftücher"(S.9), die Sie für genauso wichtige Kennzeichen halten, wie die "...Offenheit für das Irrationale, ihr Sinn für Schönheit und ihr Verhältnis zur Musik"(S.11). Für wesentlich halten sie offenbar auch, daß ein Solidarprinzip zwischen den Generationen besteht, daß "die religiöse Einstellung auch heute noch von grundlegender Bedeutung bei den Sinti und Roma" (s.12) ist, sowie daß "... eine klare Aufgabenteilung zwischen Mann und Frau" (S.12) herrscht.Alle diese "Wertorientierung", deren Verlust bei den .Deutschen von einer großen, christlichen Volkspartei in immer kürzeren Abständen bitter beklagt wird, sollen hier für die Zuschreibung einer "ethnischen Identität" herhalten. Das Verschwinden der Familienstrukturen, das für die Bundesbürger angeblich zum Problem geworden ist, wird für diejenigen Roma, die weiter in festen familiären Strukturen leben, zum Beweis ihrer kulturellen Rückständigkeit. Und sie verraten uns auch, welche irrationalen Ängste die Romafamilien weiter zusammenhalten: "Der Zusammenhalt der Familie wird auch heute noch als einziger Schutz vor Übergriffen gesehen." (S.25) Bei soviel Irrationalität versteht es sich fast von selbst, daß Roma und Sinti hauptsächlich wegen des Kindergeldes soviele Kinder haben. (S.12)
An der Rückständigkeit der Roma, soll es auch liegen, daß sie dauerhaft außerhalb der Gesellschaft stehen.

SIE WOLLEN YUPPIE-CITY -
DOCH DIE STADT SIND WIR ALLE!
ORGANISIEREN GEGEN UMSTRUKTURIERUNG!

Sozialhilfebezug, unzureichende Ausbildung, Arbeitslosigkeit und eine schlechte Schulbildung sind Folgen ihrer "traditionellen Händlermentalität: ein Lebensstil, der in Deutschland heute für sie kaum noch auszuleben ist." (S.9) Warum diese Situation nicht auf die hamburgische Kaufmannschaft zutrifft, wird wohl ewig unklar bleiben. Die Roma, soviel ist klar, werden aufgrund ihrer "kulturellen Identität" ihre "... bisher gescheiterte Sozialisation" (S. 20) nicht nachholen können.
Wir ersparen uns die weitere Aufzählung solcher Unsäglichkeiten, sie sind auf fast jeder Seite zu finden.
Die Dummdreistigkeit mit der in dieser Studie Vorurteile reproduziert werden, schlägt an manchen Stellen in blanken Zynismus um. Der Satz: "Obwohl keine der hier vorgestellten Volksgruppen sich selbst 'Zigeuner' nennt und der Begriff in seiner Herrkunft eindeutig abwertender Natur ist, wird er hier als Sammelbegriff verwendet." (S. 7) kann von den Menschen, über die dort gesprochen wird nur als ein Ausdruck tiefster Verachtung verstanden werden. Ebenso zynisch setzt der Bericht sich über die einhellige Ablehnung des "Roma-Hauses" hinweg, dessen Realisierung offenbar nicht mehr in Frage steht. (S. 60)

DER EWIGE ZIGEUNER

ImmigrantInnen, die schon 20 Jahre hier leben, deren soziale Existenz sich vor allem durch die andaurende Diskriminierung von der anderer Menschen abhebt, werden kurzerhand zu Roma erklärt, die ihre Identität jahrelang verleugneten. (S. 28) Selbst diese als Assimilierte oder Integrierte bezeichneten Menschen werden noch der "Roma-Thematik" (S. 28) zugeschlagen und damit immer wieder auf ihre angebliche ethnische Identität verwiesen. Diese EinwanderInnen müßten jetzt "reintegriert" (S. 27) werden, weil durch den "... Zustrom der Roma-Asylanten aus Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien und die damit verbundene Stigmatisierung ..." (S. 52) ihre "Fremdartigkeit" (S. 26) wieder offensichtlich wurde. Auch dieses Thema zieht sich durch die ganze Studie: Schuld an den Konflikten und an der Feindseligkeit, die ihnen entgegenschlägt, sind die Roma, die innerhalb der letzten drei Jahren als Flüchtlinge ins Karolinenviertel gekommen sind.
Durch die Flüchtlinge gingen alle mühevollen Versuche der Integration der Romafamilien zum Teufel. Es wurde deutlich, daß es immer nur eine scheinbare Integration war, denn jede Annäherung "... an die vorherrschende Religion des jeweiligen Gastlandes ... und auch die zunehmende Vernachlässigung Romanaes birgt ... die Gefahr einer Verleugnung des eigenen Volkes, die nur durch Entgegenkommen und Verständnis der Mehrheitsgesellschaft kompensiert werden kann." (S. 13) So bleiben denn die Roma auch ewig, was sie immer waren: Eine Minderheit, die je nach Konjunktur entweder verfolgt oder verständnisvoll behandelt wird.
Sie wiederholen es immer wieder: Roma bleiben eben "Zigeuner". Selbst wenn eine Sintifamilie ein paar Jahrhunderte länger auf dem heute von Deutschen beanspruchten Boden gelebt hat als vermutlich die meisten Familien der STEG-MitarbeiterInnen, sie

bleiben doch "Zigeuner", die keine Rechte besitzen. Selbst wenn Roma seit 20 Jahren in Hamburg gearbeitet und gelebt haben und sie sich als Bürger dieses Landes fühlen, ihre "kulturelle Identität" können sie nicht ableggen, und wenn sie es doch tuen, dann nur um den Preis, daß sie ihr Volk verleugnen und ihre Sprache vernachlässigen.
Auf der einen Seite spalten Sie Roma und Sinti nach "Volksgruppen" (S. 21) oder Verweildauer (S. 27) in Gruppen auf, denen jeweils unterschiedliche Interessenlagen unterstellt werden. Auf der anderen Seite fügen Sie diese Gruppen sozusagen hinter ihrem Rücken über ihre angebliche "kulturelle Identität" als "Zigeuner" wieder zusammen. Diese Struktur ist uns vom Antisemitismus der Nazis her bekannt, der über den Begriff der Rasse den "ewigen Juden" konstruierte. Und Sie können sicher sein, daß Ihre Definitionen auch im heutigen Deutschland "richtig" verstanden werden: Als Rechtfertigung der Pogrome.

VERTREIBUNG UND ZUZUGSSTOP ALS QUINTESSENZ

Diejenigen, die das Pech haben als Flüchtlinge erst vor kurzer Zeit gekommen zu sein, werden von Ihnen überhaupt nur als Störenfriede behandelt, die die heile Welt des Karolinenviertels durch ihre Anwesenheit kaputt machen. Sie betrachten den Stadtteil, den Sie sanieren sollen, nicht unter dem Aspekt der dort tatsächlich lebenden Menschen, deren Vorstellungen und Bedürfnissen. Sie betreiben Stadtsanierung als Säuberung der Stadtviertel von Menschen, die Sie als unerwünscht definiert haben. Diesen schon seit langem erhobenen Vorwurf bestätigen Sie noch einmal durch die Vorlage dieser Studie. Sie gehen aber noch einen Schritt weiter, indem Sie, ganz dem gesamtgesellschaftlichen Trend folgend, den rassistischen Ausschluß von Minderheiten zur Grundlage ihrer Vorschläge machen. Unter der Prämisse, "... daß es keine allgemeingültige Strategie für alle "Zigeuner" geben kann (S. 56) stellen Sie im Kapitel "Perspektiven" fest: "Sollten die neu zugewanderten Roma das Karolinenviertel tatsächlich wieder verlassen, dann wäre eine Entspannung der sozialen Situation im Karolinenviertel nicht nur möglich sondern wahrscheinlich." (S. 57) Den "ungeregelten Zuzug von Angehörigen" (S. 57) gilt es mit der Unterstützung anderer Dienststellen der Stadt Hamburg einzudämmen, "... unter anderem durch die Bereitstellung von adäquatem Ausweichwohnraum." Die Botschaft ist eindeutig: Die Roma müssen aus dem Karolinenviertel verschwinden, sofern sie nicht schon seit meheren Jahren hier leben. Die Forderung nach der Bereitstellung von Ersatzwohnraum wird, mit dem "unter anderem" relativiert, das andere, das ist der STEG ebenso klar wie uns, ist nichts weiter als Ausweisung oder Abschiebung.
Die Vertreibun der Roma soll gekoppelt werden mit einem flankierenden "...Zuzuggsstopp Sozialschwacher für alle sozialen Brennpunkte." (S. 57). Auch diese Lieblingsforderung der STEG zeigt, welche Art von Politik angestrebt wird: Die freie Wahl des Wohnortes wird den Schwächsten der Gesellschaft entzogen und durch die repressive Regulierung der Migration ersetzt. Das ist nichts anderes als der Wechsel von einer Sozialpolitik , die dort Menschen unterstützen soll, wo sie leben zu einer Bevölkerungspolitik, die die Menschen dorthin dirigiert, wo ihre Verwertung im ökonomischen Prozeß am effektivsten erscheint.

Wir können es nicht mehr ertragen, das Gefasel von der "kulturellen Identität", und die ganze damit verbundene Scheinheiligkeit, die nichts anderes hervorgebracht hat als das Pogrom (man erinnere sich bitte, wer in Rostock-Lichtenhagen zum Objekt des Pogroms gemacht wurde), Mord und Brand gegen Menschen, die nicht zur "deutschen Nation" gehören. Der Identitätswahn bekommt in Deutschland einen ganz besonders widerlichen und auch gefährlichen Charakter, haben doch die Deutschen auf der Suche nach ihrer Identität keine bürgerliche Revolution zustande gebracht, dafür aber zwei Weltkriege und die "Endlösung" für Millionen von Menschen, die als rassisch und kulturell minderwertig definiert wurden. In einem neuen Durchgang schickt sich die BRD heute an, die von Nazi-Ideologen entwickelte Vision einer überlegenen europäischen Rasse zu verwirklichen. Geändert haben sich lediglich die Erscheinungsformen und die Diskurse des Rassismus, die Folgen für die Menschen sind die gleichen geblieben.
Es hat den Anschein, daß die STEG mit dem unguten Ruf in die Geschichte eingehen will, sie sei eine Institution, die die "Lösung der Zigeunerfrage" ein gutes Stück vorangebracht ha.

ZIEHEN SIE DIESE STUDIE SOFORT ZURÜCK!

ANTIRASSISTISCHES TELEFON HAMBURG
43 15 87



Nummer 13, April 1993

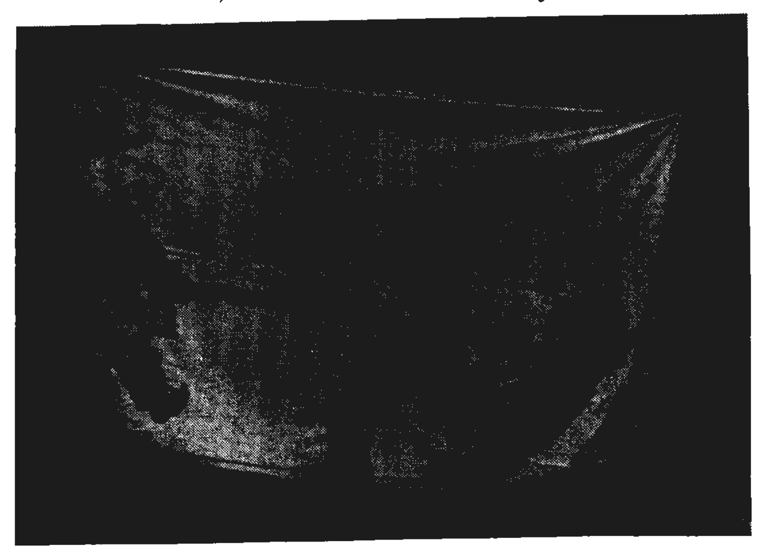
Archiv der sozialen Bewegungen Hamburg

Es ist geschafft: Das ARCHIV DER SOZIALEN BEWEGUNGEN HAMBURG IN DER ROTEN FLORA!
Nachdem wir wochenlang zentnerweise Putz, literweise Farbe und kubikmeterweise Holz verarbeitet haben, ist aus dem "Großen Schlafraum" im ersten Stock der Archiv-Raum entstanden.
Jetzt können wir uns wieder unserem eigentlichen Arbeitsmaterial, dem Papier zuwenden.

Die politischen Auseinandersetzungen der vergangenen 20 Jahre haben eine intensive Aufarbeitung relevanter Themenkomplexe zur Grundlage gehabt oder zu einer solchen Aufarbeitung geführt. Zu fast allen Themen und Bereichen gibt/gab es mehr oder weniger private Materialsammlungen und Archive, die aber in der Regel nicht öfffentlich zugänglich waren und oft verlorengingen, wenn Bewegungen und Gruppen sich auflösten. Das Archiv der Sozialen Bewegungen will die Kontinuität linker politischer Bewegungen dokumentieren und Materialsammlungen möglichst umfassend aufbereiten. Damit sollen aktuelle und zukünftige theoretische Arbeiten und praktische Auseinandersetzungen ermöglicht und zugänglich gemacht werden. Wichtig ist es uns dabei, die Vielfalt und Kontinuität von Protest, Widerstand und Alltag zu dokumentieren, als Grundlage für ein Geschichtsbewußtsein. Denn immer wieder zeigt sich, daß Geschichte von Protest und Widerstand vergessen, unterdrückt oder geleugnet wird. Wir wollen eine Mögglichkeit bieten, sich selbst ein Bild zu machen, von gemachten Erfahrungen zu lernen, von gestellten Fragen und ihren Antworten, von anderen Formen politischer Kämpfe und Auseinandersetzungen hier und in anderen Ländern, um damit die eigenen Formen und Sichtweisen infragezustellen und zu erweitern.

Warum wir in der Roten Flora sind

Das Archiv der Sozialen Bewegungen Hamburg wurde 1989 gegründet. Im Sommer 1989 sind wir in die Thadenstr. 130a gezogen. Zusammen mit dem Medien-Pädagogischen-Zentrum (MPZ) und der Hamburger Studienbibliothek entstand hier ein unabhängiges Zentrum für Information, Dokumentation und Gegenöffentlichkeit, das nicht nur für den Sadtteil Altona/St.Pauli sondern für Hamburg insgesamt von Bedeutung war. Die Zusammensetzung von Videowerkstatt, Bücherei und Archiv hat vielen Menschen die MAterialsuche erleichtert.
Doch im Sommer 1992 kam die Kündiggung der Deutschen Immobilienverwaltung (DIV) zwecks Sanierung.
Verhandlungen über einen Verbleib der Projekte in der Thadenstraße scheiterten an den Profitinteressen der DIV und der mangelnden Bereitschaft der Stadt (STEB/STEG), das Medienzentrum zu erhalten.
Aufgrund des Umstandes, daß für nicht-kommerzielle Projekte auf dem sog. freien Gewerbemietmarkt kaum bezahlbare Raumangebote (mit entsprechender Größe) zu finden sind, mußten die Projekte der



Hinterhofgemeinschaft Thadenstraße nach Einzellösungen suchen.

Im September 1992 haben wir uns entschlossen, zusammen mit dem Foto-Archiv-Kollektiv in die Flora zu gehen. Die Rote Flora ist eine wichtige politisch-kulturelle Einrichtung im Schanzenviertel, die vielen Gruppen und Projekten Möglichkeiten für ihre Arbeit bietet. Das Archiv versteht sich selbst als Teil der Sozialen Bewegungen, die die Flora tragen, und will im Rahmen der Flora und darüberhinaus seine Arbeit weiterentwickeln.

Die Planungen des Hamburger Senats, im ersten Stock eine Kindertagesstätte einzurichten, sind eine akute Bedrohung für die Arbeit des Archivs und würden die politischen und kulturellen Aktivitäten in der Roten Flora allgemein einschränken bzw. unmöglich machen.

Durch die tatkräftige Unterstützung der FreundInnen des Archivs und der Flora können wir am 23. April das Archiv wieder eröffnen. Wir danken allen HelferInnen und den SpenderInnen (Viva St.Pauli, Café Knallhart) und laden euch ein zu unserer Eröffnungsparty am Samstag, dem 24.April um 20 Uhr in der Flora. Eintritt: 1 Aktenordner oder Klarsichthüllen oder ähnliches
Eröffnung des Archivs Fr.,23.April ab 15 Uhr


Das Info aus der Flora
Nummer 13, April 1993

FLORA - VERANSTALTUNGEN IM APRIL



1.4., 21 Uhr ROVING BOTTLES
Soli-Konzert für die Flora
mit Infos zur Flora

3.4. 21 Uhr YOK QUETSCHENPAUA

9.4. 21 Uhr MANIATICA (zum Hardcore/Punk tendierender Rock
ALLORALAIGLESIA (spanischer Hardcore)
POLITICAL ASYLUM (schottischer Anarcho-Punk

20.4. 20 Uhr Veranstaltung zum Thema
Sexuelle Mißhandlung

23.4. 15 Uhr Eröffnung des Archivs der sozialen Bewegungen
Eröffnung der Fotoaustelltung des Foto-Archiv-Kollektivs (zu sehen bis zum 14.5.) Leoncacallo-Raum

24.4. 20 Uhr Einweihungsfete des Archivs für soziale Bewegungen.

27.4. 21 Uhr Kellerkonzert: SPITBOY

9.4. 21 Uhr Konzert Große Halle

Maniatica und **Alloralaiglesia** kommen aus Valencia/Villena (Spanien). Maniatica sind schon länger in Spanien bei politischen Veranstaltungen aufgetreten, so z.B. im letzten Jahr bei der Aktionswoche anläßlich der EXPO-Eröffnung im letzten April in Sevilla. Maniatica spielen zum Punk/Hardcore tendierenden Rock.
Alloralaiglesia machen straighten Hardcore.

Wenn alles klappt, findet vorher eine Veranstaltung zu den Ereignissen anläßlich des 500. Jahrestages der Invasion in Amerika statt. Schwerpunktthema: Festung Europa, Flüchtlingspolitik in Spanien Ankündigungen beachten!!

20.4. 20 Uhr Veranstaltung zum Thema sexuelle Mißhandlung

Gewalt gegen Kinder (speziell sexuelle Gewalt) ist auch in unserer "Scene" ein Tabu.
Im Moment wird aufgrund verschiedener Vorfälle verstärkt darüber gesprochen. Allerdings fehlt uns allen eine echte Diskussionsgrundlage. Um diese Lücke zu schließen, wollen wir eine Veranstaltung zur Information über sexuelle Mißhandlung machen, bei der es erstmal um ganz grundsätzliche Fragen gehen soll.

- Was ist eigenrlich sexuelle Mißhandlung und wo fängt Mißhandlung an?
- Wie kann man/frau feststellen, daß Mißhandlung stattfindet bzw. stattfand?
- Was ist zu tun, wie sollen/müssen wir auf Mißhandlung reagieren?
- Wie kann Mißhandlung verhindert werden?

Eine Veranstaltung mit einer Referentin von Zündfunke e.V. (Beratungsstelle), Film und Diskussion.

Fotoausstellung vom Fotoarchiv-Kollektiv

Wie ja bereits im Zeck zu lesen war, zieht das Fotoarchiv-Kollektiv zusammen mit dem Archiv der Sozialen Bewegungen im April in die Rote Flora.
Das Fotoarchiv eröffnet am Tag der Einweihung beider Archive eine Fotoausstellung. Diesmal ist jedoch nicht ein politisches Thema dargestellt, vielmehr wird versucht eine andere Seite der Arbeit des Kollektivs vorzustellen.
Jedes Mitglied der Gruppe hat zu einem selbstgewählten Schwerpunkt gearbeitet. So gibt es ca. 40 Bilder unter den Titeln: 'Licht und Schatten', 'Holzstrukturen', 'Tod einer Gipsfabrik' und 'Geometrien' zu sehen. Die Ausstellung ist im Leon Cavallo Raum zu den üblichen Flora-Öffnungszeiten bis zum 16. Mai geöffnet.
Eröffnungs am 23. April um 15.oo Uhr.

27.4. 21 Uhr Kellerkonzert SPITBOY
Die All-Girl-Band SPITBOY überzeugt mit rockigem Hardcore. Die Texte behandeln kritisch gesellschaftliche Mißstände, insbesondere Sexismus und Frauenunterdrückung.

Veranstaltug:
LA COSTA ATLANTICA DE NICARAGUA,
DIE VERGESSENE KÜSTE?
Werkstatt 3 29.4. 19.30 Uhr

Seit zwei Jahren unterstützen wir vom Verein "V.on Küste zu Küste" verschiedene Projekt an der Atlantikküste Nicaraguas.
Mit einem Schulbau fing es an,
jetzt ist eine Fischereikooperative gegründet worden, die durch den Kauf einer Eismaschine eine feste Einnahmequelle bekommen hat.
Über diese konkrete Arbeit wollen wir mit frischen Bildern (eisgekühlt) berichten.
Daneben möchten wir gerne erzählen von den Wünschen der Menschen nach Autonomie,
von den Schwierigkeiten im täglichen Leben,
von den Träumen in einem Dorf wie Bisuma,
einer Stadt wie Puerto Cabezas
und dem Leben mit dem Meer.

Die Internationale

Tra laa tra la la la la laa laa,
tra laa tra la la la la laa,
tra laa tra la la la la laa laa,
tra la laa tra laa la laa.
Pam pa dam pa dam pa dam pa da ra,
pam pi dam pa dam pa raa
pa da pa ram pa ram pa ram paa
pa ram pa ralla lalla laa.
Trei di rei dei dei dei daa,
trei di rei dei fallera,
tra rei dei dei dei daa,
tra rei dei dei daa daa
trallirei tei tei tei taa,
tra la laa tra la laa,
tra la la la la la lallalla,
tra laa laa laa laa laaa!



3.4. SOLIKONZERT FÜR DIE ROTE FLORA
IN DER MARKTHALLE MIT
THE BUSTERS
RAZZIA
GERD
Wir feiern den Freispruch von Knud + Ralf und ROTE FLORA BLEIBT!!!

STÄNDIGE TERMINE IN DER ROTEN FLORA

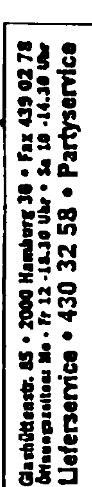
Mo 17.00 - 20.00 Motorradgruppe
19.00 Vokü
Di 16.00 - 18.00 Veranstaltungsgruppe Sprechstunde
20.00 Radio St.Paula (Plenum, nur für Frauen)
jeden 1. Dienstag im Monat offenes Treffen der Antifa- Schanzenviertel
Mi 16.00 - 20.00 Häusercafé
Do 16.00 - 21.00 Info-Café
19.00 Vokü
17.00 - 19.00 Druck-Offset-Gruppe
Fr 19.00 Vokü
Sa 16.00 -19.00 Fahrrad- Selbsthilfe
So 19.00 alle 14 Tage vegane Vokü

ADRESSEN

Rote Flora: Schulterblatt 71, 2000 Hamburg 36 Tel.4395413
B5: Brigittenstr.5, 2HH 36
Klausstraße: Klausstr. 12-16, 2HH50
LIZ (Libertäres Zentrum): Lagerstr. 27, 2HH36 Tel.4301396
Schwarzmarkt: Kleiner Schäferkamp 46, 2HH36 Tel.446095
Störtebecker: Bernhard-Nocht-Str., 2HH36
Tante Hermine, Hafen Vokü, Ahoi: Hafenstr., 2HH36
Café Frau Döse: Bartelsstr.10, 2HH36 TEL.4304590
Turm: Bergiusstr.12, 2HH50
Jäpa: Wohlwillstr.22 (Hinterhof Jägerpassage), 2HH36
B-Movie: Brigittenstr.5, 2HH36
Lobuschstraße: Lobuschstr., 2HH 50 (Nähe U-Bahn Altona)
Haus 3: Hospitalstr.107, 2HH50
KSK: Kleiner Schäferkamp 46 ,2HH36

VOKÜPLAN

Mo: 19.00 Flora
19.30 Hafen
20.00 Jäpa (vegetarisch)
Di 20.00 alle 2 Wochen B5 (vegetarisch)
19.30 Hafen
Mi 20.00 Klausstr. (vegetarisch)
19.30 Hafen
Do 19.00 Flora (vegetarisch)
19.30 Hafen
Fr 20.00 Turm (vegetarisch)
19.30 Hafen
19.00 Flora (vegetarisch)
So 19.00 Flora (vegan) (14 tägig)
19.00 KSK (vegan) (14 tägig)
täglich 12.00-16.00: Frühstück, Tante Hermine



Glashüttenstr. 85 • 2000 Hamburg 36 • Fax 439 02 78
Öffnungszeiten: Mo - Fr 12 - 18.30 Uhr • Sa 10 - 14.30 Uhr
Lieferservice • 430 32 58 • Partyservice



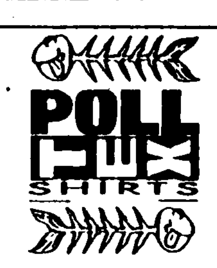
KGB
IM KAMPF GEGEN DEN DURST
IT'S OVER
Schluß mit dem
YANKEE-GESÖFF
Ab sofort
CLUB COLA
nur bei uns!
CLUB COLA



TEE
TÜCHER
TEE. TEXTILIEN.
SCHMUCK. LEDER.
AETHERISCHE OELE.
MITALI
Feinster Tee & Geschenke
MARKT STR—94
2000 Hamburg - 36
Tel. 040/4301388



Mo - Fr 14-18.30 Uhr Sa 10-14 Uhr
Der T-Shirt Laden
MANY HAVE EYES BUT CANNOT SEE
Bartelstraße 13
2000 Hamburg 36
Tel.: 43 33 64



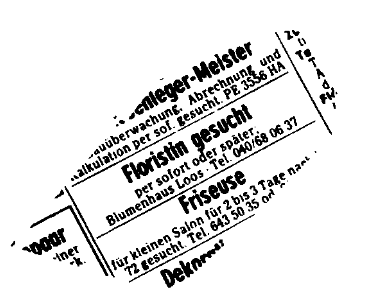
POLL FUX
SHIRTS



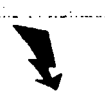
E · M · E · K
Türkisches Spezialitäten-Restaurant



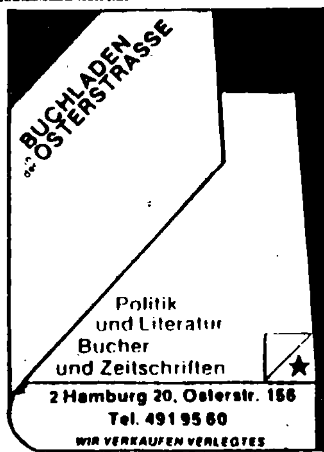
SCHWARZMARKT
-INFOLADEN-
KLEINER SCHÄFERKAMP 46
2000 HAMBURG 36
MO-FR 12-18
SA 12-15
DONNERSTAG: FRAUEN-LESBENTAG
TEL: 446095
FAX: 4108122



Floristin gesucht
per sofort oder später. Blumenhaus Loos · Tel. 040/68 06 37
Friseuse
für kleinen Salon für 2 bis 3 Tage
gesucht. Tel. 643 50 35



SCHANZEN-BLITZ



BUCHLADEN OSTERSTRASSE
Politik
und Literatur
Bücher
und Zeitschriften
2 Hamburg 20, Osterstr. 156
Tel. 491 95 60
WIR VERKAUFEN VERLEGTES



ALTONAER NATURWARENLADEN
2000 HAMBURG 50
ARNKIELSTRASSE 15
ECKE LANGENFELDER STRASSE